

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Postgeb. Einzelnummer 5 Pfg.

Volkswacht

Kleinanzeigenpreise:
Die 6 gespaltene Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 gespaltene Reklamzeile 60 Pfg. Anzeigemarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 87

Danzig, Dienstag den 16. Juni 1914

5. Jahrgang

Die Baseler Aktion

R. L. Die deutsch-französische Verständigungsaktion, die im vergangenen Frühjahr in Bern ihren Anfang nahm und jüngst in Basel zu einer bleibenden Einrichtung geworden ist, gehört zu jenen Improvisationen des Parlamentarismus, denen man im besten Falle mit einem lachenden und einem weinenden Auge zusehen kann. Daß zwischen den Millionen des arbeitenden Volkes in Deutschland wie in Frankreich kein Gegensatz, vielmehr enge Solidarität der Interessen besteht, daß die berufene Vertreterin dieser Millionen, die Sozialdemokratie, diesseits wie jenseits der Vogesen ein hartes Friedens, eine feste Burg der Völkerbrüderung ist, das ist soviel Mal auf Kongressen ausgesprochen worden und wird bei jeder Gelegenheit so laut und deutlich im Tageskampfe vertreten, daß sich ein besonderes Komitee zur Verständigung zwischen deutsch und französischer Arbeiter als ein gar überflüssiges Möbelstück qualifizieren würde.

Der Schwerpunkt der Baseler Aktion liegt offenbar in der Teilnahme bürgerlicher Politiker aus beiden Ländern. Wo das Licht ist, aber auch der Schatten des ganzen Unternehmens. Das Rauman, der auf die Chinaexpedition und auf die afrikanische Kolonialpolitik Lobgesänge anstimmte, daß der Freisinn, der sich in den Hottentottenwahlen an dem Militarismus prostituiert hat, daß das Zentrum, dem wir speziell die deutsche Schlachtslotte verdanken, daß sie alle plötzlich als Apostel des Völkerfriedens neben der Sozialdemokratie auftreten können, scheint uns eher ein Verlust denn ein Gewinn für die Sache zu sein. Nicht als ob wir die Handvoll Parlamentarier, die sich in Basel einfanden, persönlich für Kriegsanstifter hielten. Im Gegenteil, wir trauen einem Pfarrer Rauman gewiß nicht zu, daß er ein Huhn zu schlachten imstande wäre, und glauben gern auch den Herren Belzer, Holz und Bollert, daß sie aufrichtig den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich wünschen. Nur hängen die Schicksale des Friedens und des Krieges zwischen den Völkern leider nicht von den subjektiven Wünschen und dem guten Herzen ihrer Parlamentarier, sondern von objektiven materiellen Triebkräften der kapitalistischen Entwicklung ab, und es war seit jeher der Sief und die Stärke der sozialdemokratischen Aufklärung, daß sie in den Massen keine Illusion über jene Triebkräfte aufkommen ließ.

In dieser Ohnmacht gegen die Tendenzen der eigenen Gesellschaftsordnung liegt seit jeher die sterbliche Seite aller bürgerlichen Friedensaktionen und auch die Quelle ihrer traurigen Widerprüche. Wenn Léon Bourgeois, einer der eifrigsten Wortkämpfer der Friedensliga in Frankreich, zugleich für die dreißährige Dienstzeit seine Lanzen bricht, wenn Berta v. Suttner den Raubzug der Petroleum-Magnaten in Mexiko als notwendiges „Ordnungszwingen“ preist, so sind sie sich darin durchaus gleichwertig. Die Enttarnung dieser inneren Hohlheit und Zweideutigkeit der bürgerlichen Friedensschwärmerei war stets Aufgabe der Sozialdemokratie, und der Gegensatz zu jener Richtung steht sogar an der Wiege unserer Bewegung. Es war bekanntlich eine der Differenzen zwischen Marx und Bakunin in der alten Internationale, daß letzterer die sozialistische Vertretung des Proletariats an die bürgerliche Friedensliga antoppeln wollte, während Marx diese Bakuninsche Konfusion unbarmherzig geißelte. Wenn die reinliche Scheidung angezeigt war zu einer Zeit als die bürgerliche Friedensbewegung noch in ihren Knospen stand, so dürfte sie nicht minder notwendig sein heute, in der Ära des Imperialismus, nachdem der letzte Rest der bürgerlichen Opposition gegen die militärischen Orgien in allen Ländern geschwunden ist.

Man braucht freilich nicht gerade vom Distelstrauch Feigen pflücken zu wollen und von bürgerlicher Parlamentarier nicht einen ernsthaften Widerstand gegen den Militarismus zu erwarten. Unsere Genossen aus Deutschland wie aus Frankreich, die in der Baseler Verständigung mitmachten, täuschen sich sicher nicht einen Moment darüber, daß die Herren Hauffmann, Raumann und die anderen parlamentarischen Mannen aus beiden Ländern keine ernst zu nehmenden Bürger des Völkerfriedens sind, so wenig wie das Haager Rasperletheater von des blutigen Zaren Gnaden ein Tempel der Völkerbrüderung ist. Worauf es unseren Genossen ankam, war im Grunde genommen ein ganz bescheidenes Ziel: die möglichste Eindämmung der Kriegshetze in beiden Ländern, eine gewisse Beruhigung der öffentlichen Meinung, damit die chauvinistischen Treibereien deutscher wie französischerseits es nicht gar zu leicht haben mit ihrer vorgiften Beeinflussung namentlich der leicht erregbaren kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung. In diesem bescheidenen Maße mag die Baseler Verständigungsaktion gewiß ihr Gutes stiften. Nur dürfte dieses Gute nicht durch einen viel größeren Schaden, nämlich die Verdunkelung des klaren Klassenbewußtseins

beim Proletariat erkauft werden. Eine solche Verdunkelung ist aber zu befürchten, wenn das bescheidene Zwischenspiel von Basel zu einer weltgeschichtlichen Aktion, zu einer Etappe „auf dem Wege zum Weltfrieden“ aufgebauscht werden sollte. Sie ist zu befürchten vor allem, wenn wir auch innerhalb dieser kleinen Aktion nicht wenigstens jene minimalsten Vorbehalte machen, die erst die Scheidung zwischen schaler Pöbel und ernsthaftem Willen aufrechten. Wenn wir in einer parlamentarischen Stichwahl dem bürgerlichen Kandidaten unsere Unterstützung setzen, verlangen wir nicht, daß ein lendenlahner Liberaler den Revolutionslöwen markiert, wir stellen ihn aber bestimmte Bedingungen, die nach dem Maß seiner Leistungsfähigkeit zugeschnitten sind. Wir können gewiß von Nationalliberalen, Freisinnigen und Zentrumsleuten nicht erwarten oder verlangen, daß sie grundsätzliche Gegner des Militarismus nach unserem Vorbild werden. Wir können aber ebensowenig eine ständige Friedensaktion gemeinsam mit Leuten veranstalten, die für neue Militärvorlagen stimmen. Der Angelpunkt unserer Agitation gegen die militärischen Rüstungen ist der Hinweis darauf, daß sie mit fataler Notwendigkeit zum Ausbruch der Kriege führen, daß somit, wer für die Vergrößerung der Heere eintritt, damit die Verantwortung für künftige Kriegskatastrophen auf sich ladet. Daraus ergibt sich für uns die unabwendbare Pflicht, von den bürgerlichen Freunden der deutsch-französischen Verständigung wenigstens zu verlangen, daß sie von nun an gegen jede weitere Vermehrung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser in den beiden Parlamenten stimmen. Die sozialdemokratische Taktik verbietet uns durchaus nicht, die bürgerlichen Parteien in jedem fortschrittlichen Vorhaben zu unterstützen. Wozu sie uns aber dabei verpflichtet ist — die bürgerliche Politik durch unsere Mitwirkung vorwärts zu treiben und nicht etwa ihre Inkonssequenzen und Schwachheiten gebulbig mitzumachen und zu bemänteln.

Die Mülhauser Polizeischlachten vor Gericht

(Fortsetzung.)

In der Abendssitzung vom Donnerstag wurden noch einige Entlastungszeugen vernommen. Ein Zeuge erklärt, daß die Gendarmereiattecke am hellen Tage stattgefunden hat. Ein Gendarm schien dem Zeugen angetrunken gewesen zu sein. Ein anderer Zeuge hat einen Gendarmen gesehen, der mit seinem Pferde kreuz und quer herumritt. — Ein ehemaliger Schutzmann Matin erklärt, daß im Streitgebiet von den Schutzleuten Bier getrunken worden sei, und daß er selbst viel Bier getrunken habe. — Ein Zeuge, der am Abend des 7. Juli, an dem die beiden Arbeiter erschossen wurden, in der Nähe der gefallen Arbeiter stand, bekundet, daß er zwei Gendarmen zu Pferde gesehen habe, die mit beiden Händen in die Menge hinein geschossen haben.

Am Freitag vormittag wurden noch 20 Entlastungszeugen vernommen, die übereinstimmend das rigorose Vorgehen der Gendarmerei und Polizeiorgane bekundeten. Sie erklärten außerdem, daß von der Menge heraus der Polizei gar kein Anstoß zum Einschreiten gegeben wurde. Damit ist die Zeugenvernehmung beendet. Der Staatsanwalt beantragt nach 2½stündiger Anklagerede gegen den Angeklagten Redakteur Geiler acht Monate Gefängnis. Die Verteidiger der Angeklagten beantragen nach längerem Ausführungen die Freisprechung. Hierauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Das Urteil dürfte erst in später Abendstunde bekannt gegeben werden.

Am Freitag in später Abendstunde wurde der angeklagte Redakteur, Genosse Geiler, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die Arbeiter zu ihrer Ansicht über die Firma Berger und die Gültigkeit des Mülhauser Lohntarifs berechtigt gewesen, daß aber auch der Firma Berger kein Vorwurf zu machen sei, wenn sie annahm, daß sie als auswärtige Firma dem Mülhauser Lohntarif nicht zu zahlen brauche. Die Gendarmerei hätte sich ruhig und mäßig verhalten, daselbe könnte von der Polizei gesagt werden. Allerdings seien einige Unsaumnisse bei der Polizei zu verzeichnen. Die rohe und ungehörige Sprache in dem Artikel habe bei der Bevölkerung aufreizend gewirkt. Dem Angeklagten müsse zugute gehalten werden, daß er geglaubt habe, für eine gute Sache zu kämpfen. Der Angeklagte wird in Berücksichtigung dessen wegen öffentlicher Beleidigung des Mülhauser Polizeipräsidenten und seiner Beamten zu drei Monaten Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Dem Polizeipräsidenten wurde die Publikationsbefugnis in fünf Mülhauser Zeitungen zugesprochen. — Die Polizei hat in diesem Prozeß recht ungünstig abgeköhnt.

Die gleichgültigste Aufgabe der Gegenwart

Ist der Mehrheit der Preussenduma die Erfüllung des königlichen Wahlrechtsversprechens. Obgleich erst am Dienstag nachmittag die Session vertagt wird, das Abgeordnetenhaus also, da es am Sonnabend die erste Lesung des Fideikommissgesetzes abgeschlossen hat, noch Zeit genug hätte, um den fortschrittlichen Wahlrechtsantrag zu beraten, wurde am Schluß der Sonnabendssitzung ein Antrag unseres Genossen, der dies verlangte, nur von den Sozialdemokraten unterstützt. Selbst die Fortschrittler sind mit der Vertagung ihres Antrags einverstanden und geben sich der vagen Hoffnung hin, daß er im Herbst herankommen wird. Zu Beginn der Sitzung gab es große Debatten über die Immunitätsangelegenheiten des konservativen Hammer und des Genossen Dr. Liebknecht. Im Widerspruch gegen die bisherige Praxis des Hauses lieferte man Herrn Hammer der Strafverfolgung aus, — auf eigenen Wunsch, der sich merkwürdig mit der Absicht der Junker berührt, auch Dr. Liebknecht das Sommervergnügen der ehrengerichtlichen Verhandlung in Leipzig zu spenden. Statt bei der Kürze der Zeit den Antrag unserer Genossen auf Einstellung des Verfahrens gegen Liebknecht sofort anzunehmen, verwies man die Sache an die Geschäftsordnungscommission und es erscheint fraglich, ob die Angelegenheit am Dienstag noch beraten werden wird.

Die Fortsetzung der ersten Beratung des Fideikommissgesetzes brachte nur die Wiederholungen der zweiten Garnitur und mit einer an dem Genossen Hofer verübten Wortabschneidung, die umso vornehmer war, als fast alle Redner in der heftigsten Weise gegen Hofers Rede losgezogen waren, wurde diese Debatte beendet.

Der Hansabund und die bürgerliche Sammlung

Am Sonnabend tagte auf der Werkbundausstellung in Köln der Gesamtausschuß des Hansabundes. Die Versammlung war hauptsächlich zu einer Kundgebung angesichts der bevorstehenden Zolltariffkämpfe zusammengetreten, brachte jedoch auch allgemeine Erörterungen über die gegenwärtige politische Lage. Das Mitglied des Direktoriums des Hansabundes, Geheimrat Duisberg, blies in seiner Begrüßungsansprache gleich in die bürgerliche Sammlungstrompete. Der Hansabund sei der gegebenen Boden, auf dem sich verschiedene Stände zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammensünden könnten. Alle Parteien fänden hier ihre Vertretung, aber für die Sozialdemokratie sei kein Platz im Hansabunde. Der Umsturzpartei müsse der Kampf des Hansabundes mit geistigen und wirtschaftlichen Waffen gelten. Geheimrat Dr. Rießer, der Präsident des Hansabundes, hob in seiner Ansprache hervor, man müsse der Industrie und der Landwirtschaft den ihnen notwendigen Zollschutz zubilligen, jedoch den lächerlichen Zolltarif und jede Erhöhung der bestehenden Agrarzölle ablehnen. Die soziale Gesetzgebung sei in einer Weise fortzuführen, die die Interessen der Arbeiter wie des Unternehmertums gleichermaßen berücksichtige. Freilich müsse sie der Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt Rechnung tragen. Der Hansabund sei ein Gegner des Klassenkampfes; er lehne daher auch jene Angestelltenverbände ab, die im Unternehmertum nach sozialdemokratischem Muster von vornherein den Feind sehen. Notwendig sei eine Reform des preussischen Wahlrechts und eine andere Wahlkreiseneinteilung, die den gewerblichen Interessen Rechnung trage. Dann redete Rießer einer unbedingten Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie das Wort. Von dieser Forderung könne erst abgegangen werden, wenn die Sozialdemokratie eine auf nationalem Boden stehende Arbeiterpartei nach englischem, französischem und italienischem Muster werde. Über die zukünftige Politik, die der Hansabund einschlagen werde, lasse sich heute nichts sicheres sagen; das hänge von den künftigen Wahlen und dem Verhalten der Regierung ab, ob sie auch den liberalen Parteien Einfluß an der Staatsleitung gewähren werde. Der Hansabund wolle eine Stütze denen sein, die sonst den Extremen rechts oder links verfielen. Dem Gedankten einer „Entpolitisierung“ des Bürgertums müssen wir immerdar scharf entgegenzutreten. (Stürmischer Beifall.)

Regierungsassessor Dr. Kleefeldt-Berlin berichtete dann über die Arbeit des Hansabundes im Jahre 1913. Das erste halbe Dezennium sei erreicht und habe bewiesen, daß der Hansabund eine Notwendigkeit sei.

Zum wichtigsten Punkt der Tagesordnung: „Der läckenlose Zolltarif und seine Folgen für Industrie, Handel und Gewerbe“ sprachen eine

ganze Anzahl Redner, die sich alle gegen die bekannten agrarischen Forderungen wandten.

Am Schluß sprach Professor Dr. Hönninger-Freiburg über „Hypothekennot“. Er schilderte ausführlich die Schwierigkeiten auf dem Bauplatz und machte weitgehende Reformvorschläge. Schaper-Hamburg, Vorstandsmitglied des 1888er Handlungsgewerkschaftsbundes, referierte über „Wohnungs- und Arbeitsfürsorge für Privatangehörige“. Eine Feststellung der Arbeitsverhältnisse hat ergeben, daß die etwa 1% Millionen versicherten Angestellten ein Durchschnittseinkommen von 1884 M. haben, darum ist auch für die Angestellten die Wohnungsfürsorge besonders dringend; neben der Schaffung von guten Wohnräumen kommt die Errichtung von Altersheimen und Ledigenheimen in Frage. Mit einigen Schlussworten Riechers fand die Tagung ihr Ende.

Politische Uebersicht

Deutschland

— Eine Erhöhung der Anwaltsgebühren in Sicht. Der Deutsche Anwaltsverein hat auf Grund einer Enquete über die Einkommen der Anwälte aus bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten dem Reichsjustizamt den Entwurf einer Gebührenhöhung eingereicht. Er enthält die Mindestforderungen der deutschen Anwaltschaft. Die Taten sind im allgemeinen, wie bürgerliche Blätter zu melden wissen, wenig erhöht worden. Einzelne besonders schwierige Prozeßfälle sollen besonders bewertet werden; so soll die Beweiskosten erhöht und die Erstattungsgebühr erweitert werden.

— Militarismus und Justiz. Am 27. Juni kommt vor dem Reichsgericht die Revision der Genossin Eugenburg gegen das Frankfurter Urteil zur Verhandlung, am 29. soll vor der Berliner Strafkammer der Prozeß wegen der Kritik der Soldatenmishandlungen stattfinden und am 4. Juli wird die Keller Strafkammer gegen Genossen Karsti wegen eines Artikels über Jabern verhandeln.

— Zur Indizierung der Wackerischen Rede. Nach einer Information der Kölner Korrespondenz wurde die Wackerische Rede nicht wegen gewisser Einzelirrtümer indiziert, die Maßnahme sei vielmehr erfolgt, weil der Vortrag ganz und gar von dem Kölner Irtum durchseucht wäre.

— Zum Schacher mit Lippeschen Missetat. In einem von der Lippeschen Hofverwaltung veranlaßten Zeitungsartikel wird der Versuch gemacht, die Angaben über Titelschacher zu widerlegen, soweit sie sich auf den Hof dieses Kleinstaates beziehen. Die Hofverwaltung muß aber selber zugeben, daß „Irrtümer“ vorgekommen sind. Im übrigen handelte es sich bei den veröffentlichten Anklagungen um „dreifache Schwindler, die Dumme suchen“. Die Lippesche Hof- und Staatsbehörde habe die Hilfe der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen. Die Verfahren schwebten zurzeit noch. Die Mitteilung des Abg. Erzberger (Stiftung von 400 000 M. für den Lippeschen erblichen Adel) habe die Hofverwaltung veranlaßt, Erzberger um die Vorlegung seines Materials zu ersuchen.

Dänemark

Auflösung des dänischen Landtags. Der Ministerrat beschäftigte sich am Sonnabend mit einer vom Minister-

präsidenten dem König überreichten Denkschrift über die Auflösung des Landtags. In der Denkschrift spricht das Ministerium sich dafür aus, daß bei der Auflösung des Landtags auch die Mitglieder, welche vom König auf Lebenszeit ernannt sind, einbezogen sind. Der König erklärte: „Unter Bezugnahme auf meine und des Ministerpräsidenten im Staatsratsprotokoll ausgesprochene Erklärung betreffend die mögliche Auflösung des Landtags und meine dabei gegebene Zusage, die in der Denkschrift angeführten Gründe in Erwägung zu ziehen, stimme ich hiermit zu, daß das Landtag aufgelöst wird, indem ich den Wunsch ausspreche, daß die Entscheidung über den Gehörtenwurf betreffend die Änderung der Verfassung im Landtag auf der Grundlage des Ausfalls der Wahlen erfolgen soll. Ich wünsche aber gleichzeitig festzustellen, daß ich der Auffassung bin, daß die Auflösung des Landtags die vom König auf Lebenszeit ernannten Landtagsabgeordneten nicht einschließen kann. Ministerpräsident Zahle erwiderte darauf: „Im Namen des Ministeriums muß ich daran festhalten, daß die Auflösung auch die vom König ernannten Mitglieder des Landtags umfasse. Mit Rücksicht auf das von den konservativen Mitgliedern des Landtags angewandte Vorgehen ist es eine Notwendigkeit, daß das Landtag aufgelöst wird und neue Wahlen sofort ausgeschrieben werden, damit die Verfassungsangelegenheit unverzüglich weitergebracht werden kann.“

Frankreich

— Ein Ministerium Violani. Herr Poincaré hat Viviani mit der Neubildung des Kabinetts betraut, und diesmal ist es überraschend schnell gelungen, das neue Kabinett zu bilden. Das Ministerium hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Viviani; Inneres: Malvy; Krieg: Messimy; Marine: Gauthier; Finanzen: Rouleux; Justiz: Bismont; Unterricht: Mugagneur; Oeffentliche Arbeiten: René Renoult; Landwirtschaft: Fernand David; Handel: Thomson; Post und Telegraphen: Constant; Arbeiter- und soziale Fürsorge: Couyba; Kolonien: Raynaud. Das neue Ministerium entspricht in seiner Personenzusammensetzung wesentlich den Anforderungen, die die Kammermehrheit gestellt hat. Charakteristisch ist, daß ihm Dalimier, der das Mißtrauensvotum beantragt hatte, und Mugagneur, der Führer der radikal-sozialistischen Gruppe, angehören. Ein definitives Urteil wird sich allerdings erst fällen lassen, sobald die Regierungserklärung insbesondere über die Stellung zur dreijährigen Dienstzeit Klarheit geschaffen haben wird. In der Humanité schreibt Genosse Saurès:

Durch diesen beispiellosen Sturz des Ministeriums und durch die mit ungeheurer Mehrheit angenommene Tagesordnung, welche die amtliche Gewalt zur Achtung vor der Wählerschaft auffordert, werden alle Völker erfahren, daß der republikanische Geist in Frankreich erwacht ist, und daß das republikanische und sozialistische Frankreich imstande ist, seine Wahlen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und internationaler Friedens durchzuführen. Was wird nun das Infesee tun? Wird Poincaré den hartnäckigen Präsidenten spielen wollen und sich selbst vor dieurchtbare Alternative stellen: Unterwerfung oder Rücktritt? Er muß jetzt ohne Aufschub Männer berufen, die entschlossen sind, mit einer Mehrheit der Wähler furchlos das in Bau vorgezeichnete finanzielle und militärische Programm zu verwirklichen. Die Sozialisten werden diesem Programm ihren vollen Beistand gewähren.

Von den zwölf Mitgliedern des neuen Kabinetts Violani haben fünf als Abgeordnete gegen die dreijährige Dienstzeit gestimmt. Außerdem hat der jetzige Kriegsminister seinerzeit einen Abwählungsantrag gestellt, aber dann, nachdem dieser abgelehnt war, für das Dreijähriges Gesetz gestimmt. Das neue Kabinett will zur Frage der dreijährigen Dienstzeit in seiner Antrittserklärung folgendes sagen: „Man wird an die Verlängerung der Militärlasten denken können, sobald die allgemeinen Interessen der Landesverteidigung dies gestatten, doch unter keinen Umständen früher, als bis sich die von der Regierung in die Wege zu leitenden Einzelreformen wieder eingelebt haben.“

England

— Zu den Einigungsbestrebungen im englischen Sozialismus. Die Urabstimmung, die innerhalb der British Socialist Party über den Vorschlag, sich der Arbeiterpartei anzugliedern und mit der unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) und der Fabian Society ein gemeinsames Komitee zu bilden, vorgenommen wurde, ergab folgendes Resultat: Für den Vorschlag 3263 Stimmen gegen 2410 Stimmen, ungültig 522 Stimmen, also eine Majorität von 853 Stimmen für den Vorschlag.

Ein Manifest, das von dem Exekutivkomitee der British Socialist Party veröffentlicht wurde, setzt auseinander, daß die B. S. P. ihre vollkommene Freiheit in bezug auf die Wahlen und die Propaganda sich bewahrt. Es wird dargelegt, daß der Unterschied zwischen den Verhältnissen auf dem Kontinent und Großbritannien darin liegt, daß die Gewerkschaftsorganisationen auf dem Kontinent gewachsen sind mit der sozialistischen Auffassung von der Aufgabe der Arbeiterklasse; während in England der Trade-Unionismus aus einem unklaren Gefühl der Klassen солидарität, verbunden mit der Einsicht von der Notwendigkeit, dem Druck der kapitalistischen Ausbeutung zu widerstehen, hervorgegangen ist. Die Tradesunionisten sehen sich aus den besten, den fähigsten und energischsten Mitgliedern der englischen Arbeiterbewegung zusammen, erklärt das Manifest der B. S. P. Es gibt kein besseres Feld für die Propaganda unserer revolutionären Lehren, als den Kreis der Tradesunionisten. Die zweckmäßigste und nützlichste Arbeit wird bei ihnen geleistet werden können. Wir werden deshalb in der Zukunft viel mehr Erfolg innerhalb der Labour Party haben, als außerhalb derselben.

Serbien

— Die serbische Stupschina vor der Auflösung. Die dem oppositionellen Block angehörenden drei Parteien beschlossen, an der passiven Obstruktion festzuhalten und an den Beratungen der gegenwärtigen Stupschina nicht teilzunehmen. In politischen Kreisen wird deshalb die Auflösung der Stupschina für die nächste Woche erwartet.

Nord-Amerika

— Zur Feier der Einweihung des Panamakanals begibt sich der Präsident Wilson mit einer großen internationalen Flotte von Hampton Roads nach Colon. Neun Nationen sagten bereits ihre Beteiligung zu. Auch die gesamte atlantische Flotte der Vereinigten Staaten nimmt an der Einweihung teil. Nach der Feier fährt die Flotte durch den Kanal nach St. Franzisko. Man hat ausgerechnet, daß die Schiffe zur Durchfahrt vier Tage beanspruchen.

Das schlafende Heer.

Roman von E. Viebig.

„Helene!“ Schon war er unter ihrem Fenster. Die weiße Mütze aus der erhitzten Stirn zurückziehend, schaute er zu ihr hinauf. „Endlich! Entschuldige! Meine liebe Frau! Ich mußte noch aufs Vorwerk. Scheffel aus Miasetzko war da wegen der Milchfässer. Der Vogt mußte sich nicht zu helfen, der Kuhschweizer will sich immer von keinem Stück trennen. Sie zankten. Ich mußte ein Nachwort sprechen.“

„Wie du dich um alles kümmerst.“ sagte sie zärtlich. „Hast du gut verkauft an Loh Scheffel?“

„Es geht. Na.“ — er klopfte sich mit der Seite den Staub von den engansitzenden Reithosen — „lassen wir das! Ich werde mich erst ein bisschen menschlich machen, und dann fahren wir.“

Sie lächelte ihn an. „Komm herein, trink nur erst Kaffee! Die Mamiel hat schon letzmal tragen lassen, ob sie die frischen Waffeln heraufschicken dürfte.“

Weniges später fuhren die Doletschals auf dem leichten Karbawägelchen fort. Kein Diener sah hinten auf. Er kutscherte selber, ein Jungenschlag trieb das gut eingefahrene Pferd an. Der schlichte Schiefer, den Helene als einzigen Schmuß um den Hut trug, wehte im Sommerwind.

Dem Park zur Linken, immer am hohen Drahtzaun entlang, führte jetzt die Straße, dann trat sie näher zum See; mühselig knirschten die Räder durch tiefen Sand und dann noch mühseliger die Hügelsteigung hinan. Aber von oben herab lehnte ein herrlicher Blick auf den glatten See mit seiner bebuckelten Insel und auf das weiße Herrenhaus jenseits, mit den Blumenbeeten davor, von den grünen Wipfeln des Parkes mit ein freundliches Büchlein zugerahmt.

Noch ein paar Räderumdrehungen, und rasch ging es jetzt wieder bergab. Der Sandbuddel mit der einsamen Kiefer hoch sich wie eine Schwungwand vor die Nase von Deutschau. Nichts begrenzte nun mehr den Blick. Feiler, feiler, feiler, ging in der Ferne, hinter Chwaliborzycze, ein paar Waldkuppen; aber sie erschienen heute noch ferner als sonst, der staubige Dunst, der über der tiefen Ebene lagerte, hatte das Blau des Kiefernfortes verhängt.

Überall wurde Weizen geerntet. Auf Deutschauer Land waren die Henden der Schnitter alle weiß. Die Leute schafften immer, jeder Mann hatte ein Weib hinter sich, oft ein kaum erwachsenes Mädchen, das mit leuchtender Brust in unablässig gebückter Stellung hinter ihm drein schritt und die Schwaden rasche die unter der blauen Senje hielten.

„Wir hätten Schnaps für sie mitnehmen können.“ sagte Helene, „bei dem Staub tut's ihnen not!“

„Schnaps?! Du weißt, ich bin nicht für Schnaps. Die Bögte sind angewiesen, Kaffee auszuteilen. Aber wie das Wolf so ist! Kaffee wollen sie nicht, dann trinken sie lieber gar nichts.“

„Sie sind eben mal Schnaps gewöhnt.“ entschuldigte sie. „Bei uns zu Hause gab es auch immer Schnaps in der Ernte. Mutter mischte ihn selber: ein Liter Kurioffspiritus, ein Liter Wasser und ein bißchen Himbeersaft dazu. Weißt du, es war für mich das größte Vergnügen, wenn ich mit meinem Pony herumfahren durfte ihn austreten. Und wir waren doch ganz deutsch!“

„Rein, Fusel nicht.“ sagte er fast eigensinnig, und eine Falte der Verstimmung trat ihm zwischen die Brauen.

Sie schwieg, kannte sie doch ihren Mann viel zu genau, um in solchen Momenten dagegen zu reden.

Nach hatten sie Deutschauer Land zu beiden Seiten, aber ein Zipfel von Chwaliborzycze schob sich wie ein Keil von links her, mitten hinein, und aus der Weite zur Rechten tauchten jetzt die Akazien von Brzgorowo auf. Auf Chwaliborzyczer Land gab's rote Henden; ihre blutige Farbe, grell leuchtend im staubfarbenen Erndedunst, überschrie jede andre.

Alle Schnitter kannten das Gefährt von Niemczycze, aber nicht alle grüßten. Wenige nur: viele grinsten höhnlich: aba, der Niemczyczer! Doch ihn der Donner erschlage! Die Arbeiter sollten nicht Schnaps bekommen? Haha, möchte er dann sehen, wo er noch Arbeiter hertriege!

Der Chwaliborzyczer Inspektor, Herr Szulc, der auf tänzelndem Braunen in der Nähe seiner Schnitter hielt, und, mit der verknoteten, vielschwänzigen Lederpeitsche hier- und dort hin weisend, Befehle schrie, tippte mit dieser nachlässig an seinen Hut.

Das sollte ein Gruß sein?! Unerschämte, dieser Schulz, Helene warf einen schnellen, ängstlichen Seitenblick auf ihn an.

Aber die Lider haß über die Augen sinken lassend, ignorierte der Inspektor vollständig. Nur eine feine Röte überzog flüchtig sein blaß-bräunliches Gesicht. „Sieh mal, Chwaliborzyczer Weizen!“ Er zeigte mit der Peitsche.

„Aber er ist lange nicht so schwer wie der unsre.“ stieß sie hastig heraus; es drängte sie förmlich, ihm rasch etwas Angenehmes zu sagen.

„Du irrst dich, Kind, er ist ebenso wie der unsre. Er könnte sogar besser sein, denn Deutschau hat längst nicht den famosen Weizenboden wie Chwaliborzycze. Aber Garczynski will eben nichts mehr hineinreden. Ich denke, er wird verkaufen.“

„Was — Garczynski verkauft?! An wen denn? An die Kommission?“ Helene blickte ganz entsetzt. „Sein schönes Gut! Ueber vierhundert Jahre in der Familie — wenigstens sagt er so! Muß er verkaufen? Schrecklich! Sag, Hanns-Martin, geh's ihm denn so schlecht?“

„Ach, bewahre!“ Doletschal lachte. „Das verstehst du nicht, Kind! Warum soll es ihm denn schlecht gehen? — das nicht! Aber vielleicht auch, daß er dabei an die Erziehung seines Sohnes denkt — er hat nur den einzigen Jungen —, und seine Frau kann sich absolut nicht entschließen, sich von dem zu trennen, wie er erzählt. Und auf die Dauer geht das noch nicht: nur der Unterricht beim Vikar. Ich bitte dich, so ein katholischer Geißlicher — nur Seminarbildung —, was kann der Junge da lernen? Aber vor allem, wenn es einem so bequem geboten wird wie jetzt! Er kann sich glänzend rangieren. Er geniert sich nur noch ein bißchen. Die Großpolen und die Volkspartei werden es ihm ordentlich anstreichen, wenn er an die Ansiedlung verkauft. Das halftert ihm auch sein Kurper Boznanst nicht ab!“

„Ich mag ihn nicht.“ sagte die junge Frau heftig, „ich mag ihn ganz und gar nicht. Wie kann er ohne zwingende Not verkaufen? Würdest du je Deutschau verkaufen, Hanns-Martin?“

„Da sei Gott vor — nie!“ Sein Gesicht wurde sehr ernst. „Ich würde mich ja verurteilen am Andenken meiner Vorfahren. Der Großvater und dann mein Vater haben Deutschau gehalten, mit diesen Opfern. Nun halte ich's!“

Sie lachte fröhlich. „Gerade so denk' ich. Und die Jungen sollen auch so denken. Weißt du, und dann werden wir im Erbgebirnis, das der alte Großvater so schön im Park angelegt hat, alle miteinander schlafen. Es ist ein doch im Grab noch ein angenehmes Gefühl sein: du liegst im eigenen Grund und Boden!“

Er nickte. „Natürlich! Aber sprich nicht so etwas, Helene, wir sind noch zu jung dazu. Und wir haben ja noch so viel vor uns! So vieles zu schaffen, zu bessern! Wenn die Zeit nur reicht. Uebrigens, wenn Garczynski verkauft, soll mir's recht sein. Dann bekommen wir noch mehr Ansiedler her — hoffentlich rein Deutsche und recht viele! Kleine Leute, die machen das Volk aus. Siehst du, — er hob die Peitsche und wies gerade aus, wo einzelne kleine Häuschen, wie ängstlich auf der weiten Fläche, sich zusammendrückten — „da haben wir Ansiedlung Augenweide!“

„Ach, und da ist der Kirchturm von Pocielcha-Dorf! Sie haben ihn gerade im Rücken. Wie quack er schwarz!“

(Fortsetzung folgt.)

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Westpreußens

Abgehalten am 14. Juni 1914 im Volkshaus zu Elbing

Im lachenden Sonnenschein entschwindet die stolze Provinzialhauptstadt. Durch die Gefilde der Niederung trägt uns der Zug. Dirschau und Marienburg tauchen auf und versinken in der grünen Ebene. Und da ist Elbing. Elbing, die Stadt Westpreußens, wo die Klassenscheidung schärfer ist als anderswo, wo die Gegensätze härter und unbarmherziger als in anderen Städten aufeinanderprallen. Vor dreißig Jahren schloß hier das Proletariat noch. Als in Sachsen und der Rheinprovinz, als in Berlin und Hamburg unter dem Sozialistengesetz die Opfer der Ausweisungen gebracht wurden, als unter Bismarcks Regime Spießturm und Belagerungszustand die Arbeiterbewegung niederhalten sollte, da fand das erbitterte Ringen zwischen den Trägern der Kultur und den Mächten des Rückschritts in Elbing nur geringen Widerhall. Damals war die Firma Schichau nicht das, was sie heute ist, damals fehlten auch andere Betriebe, die heute, wenngleich sie an Größe gemessen nur Zwerge sind, doch manch Hundert Arbeiter beschäftigen. Aber ein Fabrikschornstein neben dem andern rechte sich aus der Erde. Und mit ihnen wuchs die Sozialdemokratie empor. Erst ein kleines Pflänzchen, unbeachtet von jedermann, dann größer und größer, trotzig in Unwetter und Sturm ausharrend, und heute ein Baum, den keine gegnerische Art fällen wird, das ist die Geschichte der Elbinger Sozialdemokratie. Vor 24 Jahren, im Herbst 1890, fand sich an derselben Stelle, wo heute der Parteitag tagt, die Vorhut der Elbinger Arbeiter zusammen, um den ersten sozialdemokratischen Verein zu gründen. Das verlorene Fähnlein ist dahin, die Namen schier vergessen. Wer weiß heute noch etwas von den Neubert und Sommerau, den Snička und Fichtmann? Sie sind tot oder im Ringen um das tägliche Brot alte Leute geworden. Nur zwei stehen unseres Wissen von jener Zeit her aktiv in der Front: die Genossen Perschon und Ruhnau. Aber beide tragen weißes Haar. Wie lange noch und die letzten der alten Garde müssen aus dem Kampfgewühl scheiden. Diesen Grautöpfen ward indes die Genugtuung, ihre Abende nicht umsonst gepflegt zu haben. In tiefen unerschütterlichen Kolonnen ist die Elbinger Arbeiterschaft aufmarschiert. 15 Stadtverordnetenstimme, 8000 Reichstagsstimmen, ein stolzer, stattlicher Saal und 1100 politisch organisierte Genossen zeigen von der Macht und Bedeutung der Elbinger Sozialdemokratie. Und auch der Tag wird kommen, da Elbings Arbeiter einen aus ihrer Mitte nach Berlin ins Parlament schicken. Dieses Geld wird sich neben dem geeinten Willen der Elbinger Arbeiter als die kleinere Macht erweisen. . . .

Der große Saal des Volkshauses ist mit Girlanden und Mattpflanzen festlich dekoriert. Aus dem Grün heben sich die Portraits von Bebel, Liebknecht und Singer hervor.

Um 10 1/2 Uhr eröffnet Genosse Hermann Schulz den Parteitag und heißt Delegierte und Gäste willkommen. Mit Stolz weist Schulz, der ehemalige gemäßigtere Schichauarbeiter, darauf hin, daß wir im eigenen Heim tagen. Er gibt einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der Elbinger Arbeiterbewegung und hofft, daß die heutigen Verhandlungen fruchtbringend und erfolgreich für die Entwicklung der westpreußischen Sozialdemokratie sein werden. Dann nimmt der Parteisekretär Julius Gehl das Wort:

Im Namen des Provinzvorstandes heiße ich Sie alle herzlich willkommen. Sie sind unserem Rufe gefolgt und aus Stadt und Land hierher geeilt, um an den Arbeiten des Parteitages Anteil zu nehmen. Wir tagen in einer politisch stillen Zeit. Der Reichstag ist geschlossen worden. Von ihm sind politische Antagen nicht zu erwarten. Einige liberale und reaktionäre Schmökschreier schreien sich die Kehlen wund über das Verhalten unserer Fraktion beim Schluß des Reichstages und schimpfen in ohnmächtiger Wut wie die Rohrspertlinge. Es ist dieser Gesellschaft durchaus zu glauben, daß sie es am liebsten sähe, wenn die gesamte Fraktion und nicht diese allein, sondern die ganze Sozialdemokratie für immer in die Gefängnisse gesteckt würde. Das wäre so recht nach dem Herzen unserer Gegner. Sie brauchen dann den Kampf mit der Sozialdemokratie nicht mehr zu führen, brauchen sich nicht in geistige und materielle Unkosten zu stürzen und könnten ungefört die Anebelung und Unterdrückung der Arbeiterschaft vornehmen. Nur gut, daß die Bäume dieser Reaktionäre nicht in den Himmel wachsen. Der preußische Landtag ist noch auf kurze Zeit zusammengetreten. Er wird seine Tagung bald beenden, ohne in der Wahlrechtsfrage einen Schritt vorwärts getan zu haben. Wohl gibt es im preußischen Abgeordnetenhause eine kleine Schaar tapferer Männer, die bei jeder Gelegenheit für ein besseres Wahlrecht eintreten. Aber die übergroße Zahl der Abgeordneten will von einer Verbesserung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts durchaus nichts wissen. Unter Führung des neuen Postzeministers v. Koebell lehnt diese Gruppe jegliche Reformen zum Wahlrecht entschieden ab, trotz des königlichen Versprechens. Wenn das preußische Volk solange auf ein besseres Wahlrecht warten wollte, bis die heutigen Machthaber es freiwillig gewährten, dann könnte das Preußenvolk bis auf den St. Nimmerleinstag warten. Das Volk muß seine Geschichte selber in die Hand nehmen und sich gute Waffen schaffen, mit denen die Wahlrechtsfrage auch in

Preußen, selbst gegen den Willen der Machthaber, gelöst werden kann. Diese Waffen sind die politischen Organisationen der Sozialdemokratie und die Parteipresse. Ueber die Stärkung und den Ausbau dieser Mittel werden wir heute zu beraten haben. Wenn jeder Delegierte mit Ernst und Eifer sich bemüht, der Partei zu dienen, dann werden die Debatten von gutem kameradschaftlichen Geiste erfüllt sein und zum Wohle der Partei dienen. Mit diesem Wunsche heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen und erkläre den Parteitag für eröffnet.

Die Tagesordnung lautet:

1. Politische Rück- und Ausblicke.
Referent Genosse Adolf Partel.
2. Bericht des Provinzvorstandes.
Referent Genosse Julius Gehl.
3. Die Presse.
Referent Genosse Anton Focke.
4. Bildungsbefrebungen und Jugendbewegung.
Referent Genosse Leu.
5. Anträge.

Da die öffentliche Tagung erst für 2 Uhr nachmittags angemeldet ist, beschließt der Parteitag, zunächst die andern Gegenstände zu verhandeln und den Vortrag des Genossen Partel bis zum Schluß zurückzustellen. Nachdem die Geschäftsordnung festgestellt ist, wird das Bureau gewählt. Vorstehende werden Schulz-Elbing und Grünhagen-Danzig, Schriftführer Metlowski-Thorn und die Genossin Lagodnie-Dyra.

Zum Bericht des Provinzvorstandes führt Gehl aus: Sie alle wissen, daß das Geschäftsjahr der Partei jetzt vom 1. April bis zum 31. März läuft. Das war mit Rücksicht auf den Gesamtparteitag nötig, und darum berieten wir den Parteitag auch jetzt schon ein. Die Berichtszeit stand unter dem Zeichen der Teuerung. Auf Drängen unserer Abgeordneten und der Parteipresse ergriff die Regierung einige halbe Maßnahmen. Die Teuerung hatte ein starkes Rückgehen der Konjunktur, besonders im Bauberufe, zur Folge. Die bürgerliche Presse nahm natürlich von diesen Dingen keine Notiz. Wir beschäftigten uns in einer Anzahl Versammlungen mit ihr. Auch zu den Heeresrüstungen nahmen wir Stellung. Besonders gut waren die Versammlungen besucht, die sich mit der Militärdiktatur beschäftigten. Die Regierung hätte ruhig den Reichstag auslösen können; wir wären bereit gewesen. Die Landtagswahlen zeigen auch in Westpreußen ein erfreuliches Vorwärtsschreiten unserer Partei, wenngleich wir unter dem elenden Wahlsystem nicht daran denken können, ein Mandat zu erobern. — Redner gibt Zahlen über die Ergebnisse in den einzelnen Kreisen.

An der Reichstagsnachwahl in Rosenberg-Löbau beteiligten wir uns aus tatsächlichen Gründen nicht. In Schwab drangen wir trotz der skandalösen Wahlbeeinflussungen ein Stück vor. Bedauerlich ist, daß hier der Nationalitätenkampf die Gegensätze auf politischem Gebiet zurückdrängt. Im Kampf um das Koalitionsrecht standen wir unsern Mann. Westpreußen hat unter seinen Abgeordneten eine besonders hohe Zahl ausgesprochener Koalitionsrechtfeinde. Noch bei der letzten Wahl behauptete das den Konservativen verbündete Zentrum im Danziger Landkreise in einem Flugblatt wie auch in zahlreichen Versammlungen, Dörcksen hätte sich verpflichtet, die Rechte der Arbeiter zu wahren. Wir haben bei den arbeitersindlichen Abstimmungen Dörcksens das Zentrum aufgefordert, gegen Dörcksen Stellung zu nehmen. Es schweigt, aber wir werden ihm diese Sache noch recht oft unter die Nase reiben. Bedauerlicherweise war die Bewegung für die Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht so, wie man hätte erwarten können. Gehl gibt hierauf eine zahlenmäßige Uebersicht über die Entwicklung unserer Partei und die Steigerung der Einnahmen und der an den Parteivorstand abgeführten Beitragsprozente und fährt fort: In manchen Organisationen wird sehr fleißig gearbeitet. Die Aufnahmezahlen der neuen Mitglieder beweisen das. Aber auf der andern Seite ist die Fluktuation der Organisation sehr groß, und das lehrt, daß in der Verwaltung erhebliche Mängel herrschen müssen. Daran können wir nicht länger vorübergehen. Vor allem muß das Eintassieren der Beiträge besser werden. Gemäß mag es den Vorständen schwierig sein, die geeigneten Personen zu finden, aber es muß die erste Pflicht der Organisationsleiter sein, hier Wandel zu schaffen. Die rote Woche zeigt, daß eine ganze Masse Kräfte in der Partei schlummern, die es nutzbar zu machen gilt. Wir müssen bis zum nächsten Parteitag entschieden bessere Organisationsverhältnisse schaffen. Sekt sind durchaus nicht die Beiträge eingekommen, die einkommen sollten. Ganz besonders ist das mit Bezug auf den Pressefonds zu bedauern. Ebenso müßte die Einnahme des Maifeiersfonds größer sein. Statt auf die eigene Kraft, verlassen sich manche Organisationen auf das Portemonnaie des Provinzvorstandes. Dabei müßte Westpreußen die Hilfe des Parteivorstandes in ausgedehntem Maße in Anspruch nehmen. Der große Bruder in Berlin hat uns ja noch nie im Stich gelassen; indes wir müssen sehen, auf unsere eigenen Füße zu kommen, und das wird geschehen, wenn die Vermaltung besser ausgebaut wird. Die Stadtverordnetenwahlen zeigten ein sehr verschiedenes Bild. Teilweise, wie in Elbing, weckten sie viel Interesse. Andernorts war aber Interesselosigkeit vorherrschend. Will man in solchem Fall nicht opferwillig arbeiten, dann soll man lieber von vornherein auf die Beteiligung verzichten. Die Bildungsbefrebungen leisten vor allem unter dem Mangel geeigneter Lokale. Selbst uns in Danzig erwachsen da große kaum zu besiegende Schwierigkeiten. Die Polizei ist uns mit ihrer „Fürsorge“ selbst bis ins bürgerliche Lokal gefolgt.

Wir müssen versuchen, in Danzig zu einem eigenen Lokal zu kommen. Das wird schwer sein, aber die Frage muß gelöst werden. Der Danziger Jugend fehlt ebenfalls ein geeigneter Unterkunftslokal. Heute ist sie räumlich auf das enge Kartellzimmer beschränkt. Eine ganze Anzahl Frauen arbeiten in Danzig mit Feuereifer als Hauskassiererinnen, Agitatoren für uns. Ich wünsche, daß das überall so wäre. Die Volkswacht ist jetzt Tageszeitung. In eigener Druckerei allerdings nicht. Das war uns finanziell noch nicht möglich. Aber bei einer Steigerung der Abonnenten wird auch das durchzuführen sein. Wenn jeder organisierte Genosse Leser der Volkswacht wäre, würde die Ausgestaltung viel leichter möglich sein. In der Expedition mögen noch Mängel vorhanden sein. Das wird sich bessern, wenn die Kinderstube ausgetreten sind. Wir sind im großen und ganzen ein Stück weiter gekommen, aber wir dürfen nicht nachlassen und müssen sorgen, daß auch der nächste Parteitag über weitere Erfolge berichten kann.

Der Parteitag tritt in die Diskussion des Geschäftsberichts ein.

Schulz-Elbing schlägt ohne Widerspruch vor, die Anträge Thorn und Marienwerder in der Diskussion mit zu behandeln.

Gehl-Marienwerder wünscht, daß der Wahlkreis finanziell günstiger behandelt wird. Bei der Landtagswahl ist der Wahlkreis zu stiefmütterlich behandelt worden. Geld und Redner sind ihm nicht genügend zur Verfügung gestellt worden.

Metlowski-Thorn: Die Agitation sollte auf breiterer Grundlage gestellt werden. In Thorn ist die Lokalfrage ein besonderes Hindernis. Es müßte ermittelt werden, wieviel Gewerkschaftler in der Partei organisiert sind und die Volkswacht lesen, dadurch dürften beide gefördert werden.

Mejer-Elbing: Der Bericht ist nicht genügend günstig ausgefallen, wenn man bedenkt, daß die Gegner uns so viel Material geliefert haben. Vornehmlich kommen doch die Wahlkreise Danzig-Stadt und Land und Elbing-Marienwerder für die Mitgliederzunahme in Frage. Auch wäre es besser, wenn für das Jahr 1912 eingehender berichtet worden wäre. Der Provinzsekretär sollte in den Wahlkreisen, außer den genannten, eine stärkere Tätigkeit entfalten. Die drei größeren Kreise helfen sich selbst. Es war auch nicht richtig, sich an der Nachwahl in Rosenberg-Löbau nicht zu beteiligen. Die Kosten dürften dabei keine Rolle spielen. Hätten wir die Erfolge der roten Woche nicht gehabt, so hätten wir so gut wie keinen Fortschritt gehabt. In jedem Jahre sollte im Frühjahr eine rote Woche stattfinden und im Herbst eine Hausagitation vorgenommen werden.

Belmann-Fladow: Wenn wir in unserem Kreise nicht besser fortgekommen sind, so liegt das an den fehlenden Kräften und Mitteln. Auch wir müßten mehr Mittel erhalten. Wir haben, was der Bericht nicht sagt, 9,30 Mark zum Maifonds abgeführt.

Käte Leu-Danzig: Die Genossen möchte ich bitten, die Frauenagitation nicht zu unterlassen. Trotz der schwachen Mittel darf das nicht versäumt werden. In Graudenz wurde mir geklagt, daß dort seit dem Herbst keine Frauenversammlung abgehalten ist. Agitationsstoff haben wir, doch für die Frauen. Die Teuerung bielet ihn. Der Frage des Koalitionsrechts stehen die Frauen leider noch sehr gleichgültig gegenüber. Die Männer allein können die politischen Kämpfe nicht siegreich durchführen. Die Frauen sind im Bericht von Gehl gelobt. Sie sind auch viel begeisterungsfähiger, wenn sie nur erst aufgeklärt sind. In Elbing arbeiten bei Löber & Wolf allein 3500 Frauen. Aber nur ganz wenige sind organisiert. Darauf muß mehr gesehen werden, daß dieser Zustand sich ändert. Der Mann darf auch in der Wohnung den Sozialdemokraten nicht an den Nagel hängen. Auch die Frau muß er sozialistisch aufklären. Material dazu liefert die politische Situation genug. Der Parteivorstand liefert sehr gute Unterlagen, sogar unentgeltlich. Auch Sie sollen diese durch den Provinzvorstand erhalten. Die Frauen klagten mir, daß sie nicht genügend Unterstützung erhalten haben. Auf die Hilfe von oben darf man sich aber nicht allein verlassen. Rege eigene Tätigkeit und Ausnützung der gegebenen Situation sind notwendig. Bei den Krankenkassenwahlen haben wir viel Arbeit geleistet. Agitiert unter den Frauen, denn wir brauchen sie, um Erfolge zu haben.

Klinge-Danzig: Die eigene Arbeit der Wahlkreise ist häufig viel erfolgreicher, als die, die von oben geleistet wird. Das ist auch ohne große Kosten zu machen. Material bieten die Verhältnisse genug.

Nowak-Marienwerder: Ich stimme den Rednern aus Thorn und Marienwerder zu, daß die Kreise größere Mittel erhalten müßten. Die Genossen, die in der Partei tätig seien, arbeiten auch am lebhaftesten in der Gewerkschaft und müssen so ihre Kraft teilen. Die Schwierigkeiten, die uns in den kleinen Orten durch Geistliche usw. verursacht werden, seien schwer zu überwinden. In den größeren Orten kennt man das nicht so. Die stärkere Aufklärung der Frauen ist geboten. Die Volkswacht antwortet der gegnerischen Presse nicht mit der gebotenen Entschiedenheit. Der Provinzvorstand muß die Genossen in den Kreisen mehr anregen.

Peter-Marienwerder: Der Bericht ist nicht so günstig, als wir es wünschen. Die Gründe liegen in den Verhältnissen, die wir alle kennen. Nach Geldmitteln sollte nicht immer gerufen werden. Die kleineren Kreise erhalten aber nicht die Mittel, die sie zweckmäßig brauchen. Hoffentlich berücksichtigt Braun diese Wünsche in Berlin. Der Provinzvorstand müßte sich mehr in den kleineren Wahlkreisen betätigen.

Georg Leu-Danzig: Auch wir würden weiter sein, wenn wir mehr Mittel hätten. Der Provinzvorstand kann aber nicht mehr geben, als er hat. Danzig-Land ist ein Wahlkreis, der sich wegen der weiten Wege nur mit großen Kosten bearbeiten läßt. Auch Entschädigungen für die Zeitverluste unserer Gemeindevorsteher kosten uns Geld. Die Arbeit unter den Fischern und Landarbeitern ist nicht nur zeitraubend, sondern sie kostet auch Geld, das wir allein nicht aufbringen können. Das muß auch der Parteivorstand berücksichtigen.

Finkelel-Ebing: Es ist schon gesagt, daß der Finanzminister Braun die Wünsche auf größere finanzielle Berücksichtigung unserer Provinz nach Berlin managen möchte. Hoffentlich empfiehlt er sie dort auch. Wir haben doch aber mit den knappen Mitteln auch Erfolge gehabt. Allein am Gelde liegt der Erfolg nicht. Häufig gehen sehr tüchtige Genossen uns durch Fortzug verloren. Die sehr mißliche Lokalfrage darf in ihrer ungenügenden Wirkung nicht unterschätzt werden. Die wirtschaftliche Depression hindert uns sehr. Im Baugewerbe würde es ohne die militärischen Bauten sehr ungünstig stehen. Auch bei uns geht die Kultur aber schlechtlich vorwärts. Im allgemeinen können wir mit dem Entwicklungsstande in der Provinz zufrieden sein.

Seglitz-Marienwerder: Der Provinzvorstand müßte noch mehr Anregungen an die Genossen in den Wahlkreisen ergehen lassen.

Melkowsk-Thorn: Der Provinzvorstand sollte sich mit allen Sekretären der Gewerkschaften zu verständigen suchen. Es gibt Gewerkschaften, die sich ganz von der Bewegung absondern. Es gibt solche, in denen nicht einmal Flugblätter an die Mitglieder verteilt werden. In Thorn gibt es leitende Gewerkschaftler, die die Volkswacht ablehnen.

Sellin-Danzig: Mir ist nicht bekannt, daß von Klatow 200 Mark zum Monatslohn eingekassiert sind. Der Betrag soll an Gehl gegangen sein, mit dem ich mich darüber verständigen werde. Die Genossen von Marienwerder sind häufig gemahnt, haben aber doch nicht rechtzeitig mit dem Monatslohn abgerechnet. Die gesamten Geschäfte des Provinzvorstandes habe ich als Revisor geprüft. Einwendungen und Ausstellungen habe ich nicht zu machen und beantrage die Decharge.

Gehl erhält das Schlusswort: Die Genossinnen Leu und auch andere können bestätigen, daß wir getan haben, was wir konnten. Aber öfter blieb unsere Mühe vergeblich. Es ist einmal an einem kleinen Orte vorgekommen, daß der Referent vergeblich auf Zuhörer wartete, weil die örtliche Leitung die Versammlung nicht vorbereitet hatte. Man soll daher dem Provinzvorstand nicht immer Vorwürfe machen. Genosse Meyer wünschte ebenfalls größeren Eifer. Nun, wir haben 121 Agitationstouren gemacht, das ist doch nicht gerade wenig. Aber auch der beste Provinzsekretär und der beste Provinzvorstand sind von den Verhältnissen abhängig. Das Eindringen in neue Orte ist ungeheuer schwer und erfordert viel Nerven und physische Kräfte. Genosse Meyer sollte auch die brieflichen Ein- und Ausgänge des Sekretariats ansehen. Ich bin heute nicht in der Lage, jedem Bezirk schwarz auf weiß vorzuzurechnen, was er erhalten hat, aber ich werde das nächstermal einmal nachholen und den Kritikern das Material zugänglich machen. Was für Zweck hätte eine Wahlbeteiligung in Rosenbergs-Lobau gehabt? Vorwürfe sind leicht gemacht, besser machen ist schwer. Mein Freund Beckmann hat kein Recht, nur den Kopf zu waschen. Wir werden auch ohne die Kritik in Zukunft das mögliche tun. Aber Sie müssen mithelfen. Viel reden hat keinen Zweck. Arbeiten ist die Hauptsache.

Schulz-Ebing teilt mit, daß im Anschluß an die Diskussion über folgende Anträge abzustimmen ist:

Thorn: Der Provinzvorstand wird beauftragt, eine Statistik aufzunehmen und festzustellen, aus was für Mitglieder der Gewerkschaften sich die einzelnen Parteivereine zusammensetzen, und wie viel Abonnenten der Volkswacht jede Gewerkschaft stellt.

Marienwerder: Der Parteitag wolle beschließen, dem Wahlverein Stuhm-Marienwerder größere Geldmittel dazugeben zu stellen zum Ausbau der hiesigen Wahlkreisorganisation.

Sellin: Ich bitte, den Antrag Marienwerder dem Provinzvorstand zu überweisen, der nach immer seine Pflicht in der Berücksichtigung der Wahlkreise erfüllt. Den Antrag Thorn bitte ich anzunehmen.

Der Antrag **Marienwerder** wird dem Provinzvorstande überwiesen; der Antrag **Thorn** wird angenommen.

Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Ihr Berichterstatter ist der Genosse **Brill-Danzig**.

Der Parteitag ist besucht von 29 Delegierten, darunter 3 Genossinnen. Dazu kommt ein Mitglied des Parteivorstandes, und sechs Mitglieder des Provinzvorstandes, unter ihnen eine Genossin. Weiter sind erschienen, der Redakteur und der Geschäftsführer der Volkswacht, Genosse **Peter** als Reichstagskandidat anwesend. Für **Krüger-Hammerstein** ist **Dubno-Hammerstein** anwesend. Ingefallt nehmen am Parteitag 29 Personen teil. Die Mandatsprüfungskommission beantragt sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Betreten sind

Ebing-Marienburg	Durch 6 Delegierte
Danzig-Land	5
Danzig-Stadt	7
Neustadt-Karthaus	1
Berent-Stargard	1
Stuhm-Marienwerder	1
Graudenz-Strasburg	2
Thorn-Culm-Briesen	1
Schweg	1
König-Tuchel	1
Schlesien-Platow	2
Dr.-Krone	1

Rosenbergs-Lobau ist nicht vertreten.

Sechs Genossen haben ihr Mitgliedsbuch, das ihnen als Segelmannen dienen sollte, nicht bei sich.

Nach den vorgelegten Büchern waren von den anwesenden Delegierten Mitglieder der Partei

21 Jahre	1
20	1
19	2
18	1
17	1
16	1
15	1

11	2
9	3
8	3 darunter 1 Genossin.
7	4
6	3
5	1 Genossin.
4	1
3	2
2	4 darunter 2 Genossinnen.
1	1

Der Parteitag stimmt der Gültigkeitserklärung der Mandate zu und tritt dann in die Mittagspause ein.

Die Nachmittagsitzung tagte als öffentliche Versammlung. Da sie also polizeilich gemeindet werden mußte, kam das „liberale“ Vereinsgesetz zu besserer Geltung. Es erschienen zur Ueberwachung ein uniformierter Beamter und einer in Zivil.

Schulz-Ebing macht darauf aufmerksam, daß Personen unter 18 Jahren den Saal verlassen müßten.

Der Ebinger Gesangverein **Viederfreunde** leitete die Sitzung mit dem klangvollen Vortrage des marktigen Freiheitliedes **Lord Isolan** ein, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Ihm folgte der Gesang **Ich warte dein**.

Nun gelangt die **Presse** zur Verhandlung. **Fooken** erhält dazu das Wort und führt aus: Als wir von dem vorigen Parteitag den Wunsch nach Umwandlung der Volkswacht in eine Tageszeitung auf den Weg bekamen, beschäftigte sich die Pressekommission mehrfach mit diesem Auftrag. Zunächst hatten wir Schwierigkeiten, die die Staatsanwaltschaft hervorrief. Der Redakteur **Schröder** hatte wegen Beleidigung des Polizeiministers **Dallwitz** sechs Monate Gefängnis erhalten. Nach ehe diese Strafe verbüßt war, wurde **Schröder** wegen Wiedergabe des bekannten **Osterode** Artikels zu weiteren zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vor Verbüßung der Strafen konnte ernstlich nicht an die Umwandlung der Volkswacht gedacht werden. Als wir dann den Dingen nähertraten, erörterten wir die tägliche Herstellung der Volkswacht in der Rangostischen Druckerei und dann den Plan einer eigenen Druckerei. Beide Vorschläge ließen sich nicht durchführen. Dann traten wir mit den Königsberger Genossen in Verbindung, und als Resultat der Verhandlungen erscheint seit dem 1. April die Volkswacht als Tageszeitung. Wer aber glaubt, daß wir damit am Ziel sind, der ist im Irrtum. Der gegenwärtige Zustand bringt Mängel mit sich, denen nur durch Errichtung der eigenen Druckerei abgeholfen werden kann. Unsere Freunde in der Provinz können sich kaum vorstellen, mit welchen Schwierigkeiten wir allein bei der Postbestellung zu rechnen haben. In Thorn kommen die Pakete öfter einen Tag zu spät. Ja, sogar ganz gefehlt haben sie. Für Danzig und Ebing haben wir von Königsberg aus die Zustellung durch einen Expressboten. Für die Strecke **Marienburg-Graudenz-Thorn** wird diese Einrichtung in der nächsten Zeit ebenfalls durchgeführt werden. Unmöglich ist sie dagegen auf der Bahnlinie der anderen Weichelseite. Hier sind augenblicklich zu wenige Abonnenten, um diese Ausgabe zu rechtfertigen. Es scheint, als ob das Verlangen, das sich auf dem vorigen Parteitag aus den kleinen Städten für die Tageszeitung kundgab, nicht hält, was es verspricht. Ein wöchentlich erscheinendes Blatt wird das einzige Mittel sein, um in großem Umfange das platte Land und die kleinen Städte zu erobern. Die Redaktion tut gewiß das mögliche, um die Wünsche nach Ausgestaltung des provinziellen Teils zu erfüllen. Ob aber der Antrag Ebing zu erfüllen ist, bezweifle ich. Für Agitation kann die Volkswacht kein Geld ausgeben, die Aufbringung dieser Kosten ist Sache der Parteioorganisationen. Für die Reispotage der Volkswacht haben wir ausreichende Mittel. In manchen Orten entspricht der Stand der Abonnenten nicht der Bedeutung der Arbeiterbewegung. Auch in Ebing und Danzig läßt sich noch mehr herausholen. Für die Volkswacht muß jede Woche eine rote Woche sein. Abfällige Urteile schaffen nicht Abhilfe. Einzig die Erweiterung des Abonnentenstandes kann den raschen Ausbau der Volkswacht ermöglichen. An die Gewerkschaften müssen wir herantreten und ihnen ihre Pflicht ins Gedächtnis rufen. Und dann gilt es zu sorgen, daß die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen verschwinde. Vergeßen Sie aber nicht, wir brauchen nicht nur Feiler, sondern Kämpfer für die Volkswacht. Sorgen Sie, daß wir die erhalten und der nächste Parteitag eine Zeitung sieht, die wir in einer eigenen Druckerei herstellen.

Der Parteitag tritt in die Diskussion ein. Erster Redner ist

Jamotz-Jastrow: Die Umwandlung der Volkswacht in eine Tageszeitung ist gut. Nicht gut aber ist, daß die kleinen Orte so wenig berücksichtigt werden. Hier muß die Redaktion für Abhilfe sorgen. Auch die Expedition läßt sich noch verbessern.

Redakteur **Schröder-Danzig:** Ich weiß nicht, ob Sie mit mir gnädig verfahren oder mich als Sündenbock inschicken werden. Aber ich bin mir bewußt, daß ich überall, soweit es sich irgend machen ließ, den Wünschen nach Ausdehnung der Reichweite Rechnung trug. Das gibt mir ein ruhiges Gewissen. Daß Mängel vorhanden sind, weiß ich und gebe das rückhaltlos zu. Solange ich jedoch räumlich für den lokalen und provinziellen Teil an eine bestimmte Zeichenzahl gebunden bin, wie das jetzt der Fall ist, ist es unmöglich, den Genossen in den kleinen Orten in ausreichendem Maße entgegen zu kommen. Auch die für Mitarbeit ausgemessene Summe ist zu gering. Gewiß haben wir in Danzig einige Genossen, die materiell so gestellt sind, daß sie auf ein Honorar für ihre Arbeiten verzichten können. Aber das ist nicht bei allen, die für die Zeitung arbeiten oder es möchten, der Fall. Für das platte Land halte ich eine Wochenzeitung für unumgänglich nötig. Da der Satz vorhanden ist, kommen nur die Kosten für Papier und Umrechnen in Frage. Der ostpreussische Landbote sollte zu einem größeren Wochenblatt für beide Provinzen umgewandelt werden. Den Antrag Ebing ersuche ich abzulehnen, da seine Durchführung unmöglich ist.

Meyer-Ebing: Unser Wahlkreis kommt in der Volkswacht zu schlecht weg. Es scheint bald so, als ob die Zeitung nur Lokalblatt für Danzig ist. Ebing müßte weit

mehr berücksichtigt werden. So sehr, wie es jetzt geschieht, sollte Danzig nicht bevorzugt werden. Die 150 Zeilen, die täglich wünschen, sind ein bescheidener Wunsch. Wenn **Schröder** für Danzig noch umfangreichere Berichterstattung wünscht, so führt das zu weit. Wenn wir mehr Abonnenten wünschen, müssen wir auch von den anderen Orten mehr berichten. Die Gesamtzahl der Zeilen, die der Redaktion nach **Schröders** Angabe zur Verfügung ständen, müßten erhöht werden.

Das Schlusswort erhält **Fooken:** Auf die Beschwerde aus **Jastrow** erkläre ich im Schlusswort, daß die dort hervorgetretenen Mängel eher behoben worden wären, wenn sie früher der Geschäftsleitung mitgeteilt worden wären. Dem Antrage Ebing stehe ich prinzipiell freundlich gegenüber. Er sollte aber nicht in Zahlen ausgedrückt, sondern zweckmäßiger der Geschäftsleitung zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen werden. Die Ebinger müssen mehr auf die Steigerung der Abonnentenzahl bedacht sein.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag **Ebing**.

Für Ebing hat die Redaktion mindestens 150 Zeilen für den lokalen Teil zu reservieren.

Der Antrag **Ebing** wird der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem er zunächst abgelehnt worden ist.

Nächster Verhandlungsgegenstand ist das Referat **Leu** über

Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung.

Hierzu führt **Leu** aus: **Bildung** und **Jugend**, zwei Worte, zwei Begriffe nur! Zwei Bewegungen kennzeichnend, aber auch zwei große gewaltige Machtfaktoren für Freund und Feind darstellend. **Bildung** und **Jugend**, eins ist aufs andere angewiesen, wird durchs andere ergänzt. Ohne **Bildung**, **Jugendaufklärung** und **Jugendbewegung** wären wir heute nicht das, was wir sind. Die Arbeiterbildung ist ebenso alt, wie die Arbeiterbewegung. Die **Jugendbewegung** freilich ist jüngeren Datums, ist das jüngste Reiz, das der proletarische Klassenkampf trieb.

Schon 1862—63 steckte **Lassalle** sich das große erhabene Ziel: die **Wissenschaft** dem arbeitenden **Volke** volkstümlich darzubringen. In seiner Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht kommt es in folgenden Worten zu herrlicher Geltung: „Die **Alliance der Wissenschaft** und der Arbeiter dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, so lange ich atme, mein Leben zu weihen beschloßen habe.“ Zehn Jahre später gab **Liebknecht** seinen Mahnruf heraus: „**Wissen ist Macht!**“ Das war 1872, zur selben Zeit, als die bürgerlichen Volksbildungsvereine eine Zentrale schufen, durch die Gründung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung.

Es ist wichtig, auf die Gründungsaufforderung hinzuweisen. Es heißt dort unter anderem: „... die noch unwissenden und geistig trägen Massen, die unfähig, selbstständig zu urteilen und zu handeln, davor zu bewahren, daß sie den gewissenlosen Männern mit ihren sozialistischen Bestrebungen folgen.“

Der Befähigung der Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung überhaupt, diene also von Anfang an die bürgerliche Bildungsarbeit, und dient diese ganze Bewegung noch heute.

Arbeiterbildungsvereine, Volksbildungs- und Fortbildungsvereine, Sonntagsschulen und ähnliche Vereine wurden gegründet, um den Volksgeist, der durch tausendjährigen Abschluß von allem Wissen vermindert war, noch mehr zu verfeuern, zu verflachen. Jahrhunderte lang war der Geist des unteren Volkes nur auf den Tod und das Leben nach dem Tode dreifertig, die Kenntnis vom warmen pufferenden Leben hatte man dem Volke nicht gegeben.

Das Wissen war nicht immer beim Volke. Die privilegierten Klassen, die oberen Stände wissen, daß Wissen aufklärend wirkt, daß Wissen Macht gibt, deshalb waren sie von je bemüht, das Wissen, die Bildung als ihr Kasten-, Standes- und Klassen-Monopol zu bewahren. Dem Nichtwissenden, Ohnmächtigen, der unteren Klasse des Volkes wurde das Wissen vorenthalten.

Die Priester Ägyptens und Indiens gründeten ihre tausendjährige Herrschaft nur auf die Kenntnisse der Naturkräfte. Sie erkannten das Wesen der Menschen und beobachteten den Lauf der Gestirne, vor denen das Volk staunend und bewundernd im Staube lag. Das Volk beugte sich dem Wissen der Priester und verstärkte dadurch deren Herrschaft. Die Priester Griechenlands, Roms, des christlichen Mittelalters bis zur neuesten Zeit herab erfüllte das gleiche Streben.

Deshalb werden noch heute der **Jugend** in den Volksschulen die starren Dogmen der christlichen Lehre gelehrt. Die Söhne und Töchter der Reichen aber trinken aus den Quellen der Wissenschaft Naturerkenntnis.

Und der Erfolg aller dieser Bemühungen? Ist wirklich das eingetreten, was eintreten sollte? Ist die Züchtung bürgerlicher Bildungsvereine neben dem des politischen von Erfolg gewesen?

Die Sozialdemokratie, die man am Vorbringen hindern wollte, ist trotzdem groß und stark geworden. Kunst und Wissenschaft haben sich nach dem Ausspruch eines bürgerlichen Gelehrten unter die **Fittiche der Sozialdemokratie** geflüchtet. Das, was die Gegner verhindern wollten, ist gegen ihren Willen herrlich in Erfüllung gegangen. Die verfolgte Partei des unteren Volkes wurde die Schutzgöttin der Bildung! Es gibt keinen besseren Gradmesser für die Größe unserer Partei. Für eine Klasse, die ihre soziale und politische Lage verbessern will, ist es selbstverständlich, daß sie sich hierzu besonders Kenntnisse neben der Allgemeinbildung aneignen muß. Wo wäre die Sozialdemokratie heute, wenn ihre zahlreichen Vorkämpfer und Führer nicht von jeher das getan hätten? Die Partei ist in den letzten Jahren riesig gewachsen, in die Breite gegangen, sehr viel junger Nachwuchs ist in unsere Reihen getreten, diese gilt es zu bilden im heiligen Emanzipationskampf. Je größer, je mächtiger die Partei wurde, desto mehr Fragen tauchten auf, die ein besonders eingehendes Studium erforderten, die neues Wissen verlangten. Aber nicht von denen, die glaubten, die

Widmung mit der Muttermilch eingesogen zu haben, sondern von dem bisher überhaupt nicht beachteten Arbeiter. Er mußte nach der harten Tagesfron sich dem Studium der weltbewegenden Fragen zuwenden. An alle Wissensgebiete mußte er sich heranarbeiten, er, dem manchenmal vor Müdigkeit die Augen zufließen.

Unter diesen Umständen taugten die alten Bildungsmethoden nichts mehr, die alten Kräfte genühten nicht mehr, neue Einrichtungen waren notwendig. Nur setzte die praktische Bildungsarbeit der Partei ein. Auf dem Parteitag 1907 in Essen erstattete der Zentralbildungsausschuß den ersten Bericht. Dertliche Bildungsausschüsse paritätisch aus Mitgliedern der Partei und den Gewerkschaften zusammengesetzt, hielten sich, diese schlossen sich zu Bezirksbildungsausschüssen zusammen, die durch die Zentralstelle in Berlin mit Rat und Tat unterstützt werden. Die Partikelschule in Berlin wurde errichtet, um befähigte Genossen in Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Geschichte einzuführen. Auf ein halbes Jahr können die Schüler Kelle und Hammer beiseite legen, sie sind der politischen Tages- und Kleinarbeit enthoben und können, von der Schule gekommen, tatkräftiger am großen Bildungswert mitarbeiten.

Wenn wir auch wieder einen guten Schritt vorwärts gekommen sind, so kann uns die geleistete Arbeit nicht hindern, sondern muß uns anspornen, in den kommenden Jahren die Anstrengungen zu verdoppeln. Neuaufnahmen in die Partei für unsere Provinz sind im letzten Jahre 2283 erfolgt, über die Hälfte der Neugewonnenen 1333, ist wieder ausgetreten. Den Unverstand dieser Gefühlsgegnen müssen wir bezetteln. Die Schwierigkeiten in der Lokalfrage und die sonstigen Hemmungen dürfen uns nicht veranlassen, den Mut sinken zu lassen. Nur dem Mutigen gehört die Welt. Zu den Tagesfragen ist wohl in allen Ortsvereinen Stellung genommen, hierzu und zu der sonstigen Agitation sind 8200 Mark ausgegeben. Für die Bildungsbestrebungen, Wissen zu verbreiten, sind dem Provinzvorstand keine Kosten entstanden. Die Veranstaltungen waren solche, die in der Einnahme und Ausgabe bilanzierten. Eine rühmliche Ausnahme macht Danzig-Land, wo der Vorstand einen Vortragskursus abhalten ließ, ohne daß eine Einnahme vorhanden war. Viele Ortsvereine sind klein, auf eigene Kosten können sie keine Veranstaltungen arrangieren, da muß vom Bezirk mit Einzelveranstaltungen eingeseht werden. Hoffentlich wird der Lichtbildapparat uns gute Dienste leisten. In den größeren Orten, wo Gesangsvereine sind, muß die Veranstaltung von Lieberabend ins Auge gefaßt werden; diese müssen auch in den den größeren Orten vorgelagerten Orten von denselben Vereinen gehalten werden.

Nicht berichtet haben die Orte Elbing, Graudenz und Marienwerder. Sie genügen nicht ihrer parteigenösslichen Pflicht, obwohl sie doch bedenken hätten müssen, daß durch ihre Anregungen dem Bildungsausschuß noch manche Erkenntnis hätte kommen können. — Ein Zeichen, wie enge Bildung und Jugend zusammen verbunden ist, beweist, daß häufig nur eine Kommission die beiden Bewegungen leitet. Erspriechliches ist es, wenn für die Jugend eine besondere Kommission eingeseht wird. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Aus den Anstrengungen unserer Gegend, die Jugend der Arbeiter an sich zu reißen und sie den Eltern zu entfremden, können wir den Wert unserer Bewegung erkennen und sehen, was für uns auf dem Spiel steht. Von dem höchsten Regierungsbeamten bis zum letzten Nachtwächter, von der Spitze des Militärs bis zum entlegenen Dorfgewirtschen, bemühen sich alle um das Wohlergehen der Söhne und Töchter des arbeitenden Volkes. Dieselben Herrschaften, die ihr sorgendes, mitfühlendes Herz für die Jugendlichen entdeckt haben, geben den Eltern aber nicht das Recht auf ausreichende Ernährung ihrer Kinder, sondern lassen sie sich notdürftig durchs Leben schlagen. Sie gerade verweigern den Eltern das Recht auf gesundes ausreichendes Wohnen. In drangvoll fürchterlicher Enge müssen die Eltern von Licht und Luft abgeschnitten haufen. Das Recht auf anständige Kleidung, sorgliche Erziehung und gute Bedienung ist den Eltern gerade von diesen Heuchlern genommen worden. Wer betreibt den Raubbau an der Arbeitskraft der Eltern und verschleimt den Heberfuß? Sind das nicht dieselben Pharisäer?

Millionen von Arbeitereltern sind Bessing und Goethe ebenso fremd, wie der Gründer der Mandtschudynastie. Wollen diese Jugendpfleger die Eltern nicht rechtlos machen, und brandstücken, nicht in ihnen den Menschen zertreten? Und da wenden die bürgerlichen Jugendfreunde ihre Menschenliebe den Kindern zu? Sie wollen in Wirklichkeit nichts anderes, als die Jugend in untätigen Sinne erziehen; sie wollen nur Mucker, Speichellecker, billige und milde Arbeiter für Ausbeutung schaffen. Wenn Vater und Mutter einmal den Herren die Arbeit vor die Füße werfen, dann sollen die Kinder wohl gar ihre Erzeuger auf Kommando kalten Blutes niederschleichen. Das sind die Interessen, die diese Jugendpfleger wirklich haben. Wollen sie absolut erziehen und haben sie pädagogisches Geschick dazu, dann mögen sie bei ihrer eigenen Brut anfangen! Dann mögen sie ihren Söhnen lehren, das wirtschaftliche Uebergewicht nicht zu benutzen, um die Töchter des Volkes zu verführen! Dann mögen sie den Söhnen andere Ehrbegriffe beibringen und selber mit der Duellsegelei aufräumen! Dann dürften sie auch nicht vergessen, zu sagen, daß die Söhne der Bourgeois in dem Arbeiter den Menschen zu achten haben, und daß dieser für seine Arbeit auskömmlichen Lohn verdient. Solange die angeblichen Jugendfreunde dieses nicht tun, so lange gilt unser Rüttelschwur: Von unserer Arbeiterjugend die Hand weg, da kommt ihr nicht heran! Sie gehört uns! Zu Klaffenkämpfen wollen wir sie erziehen, zu charakterfesten Menschen, die nach den höchsten Kulturwerten die Hände erheben. Wäre es den Bourgeois erst mit ihrem Vorgehen, der Arbeiterjugend zu helfen, dann könnten sie für die Aufhebung der Kinderarbeit für den Schutz der Jugendlichen stimmen, und eintreten für die Förderung der Sozialpolitik, um das traurige Los der Eltern zu erleichtern. Warum reißen sie die chinesische Mauer, die Wissenschaft und Volk trennt, nicht um? Wir wären an ihrer Seite die ersten Stürmer. Da sie in dieser Weise nichts unternehmen, können wir ihre Arbeit nur als Zuckerrübe betrachten, um unsere Jungen und Mädel zu fördern. Die Regierung kommt mit der Peitsche hinter der freien Jugend

her und verfolgt diese durch ihre Organe, die Gerechtigkeit mißachtend.

Mit Willen und Wissen des Ministers werden uns die Turnhallen verweigert und abgetrieben. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts haben Sozialdemokraten nicht die sittliche Tüchtigkeit zur Erstellung des Turnunterrichts. In Berlin wurde ein der feinsten Dramen, Habes „Jugend“, für die freie Arbeiterjugend verboten. In Wlgenhausen wurde ein lebendes Monate altes Kind aus einer Versammlung gewiesen. Die Gefahr, daß es das rote Gift in sich aufnehmen könnte, war auch zu groß. In Oberhausen wurde ein Konzert ohne Worte für politisch erklärt, ebenfalls die Gnothefei in Kottbus. Hierfür sollte das Heiderösslein gefungen werden. Die Worte „Köselin sprach: ich steche dich“, haben die Behörde dieselbst ein politisches Attentat ahnen lassen. In Bern wurde eine Lichtbilderaufführung „Wilhelm Tell“ verboten. Trotzdem die Worte von den „unveräußerlichen Rechten, die droben hängen“ nicht gesprochen werden sollten. In Eichtenberg erfolgte das Verbot eines Vortrages über die Seidenraupe als „politisch“. In Königsberg haben die Jugendlichen die Polizeifäuste zu fühlen bekommen. Die Regierung scheint gar nicht zu bemerken, daß unter dieser Behandlung die Staatsidee zu leiden hat.

Ideale kann man indessen nicht mit Polizeigewalt bekämpfen. Dieselben jungen Leute, die so vom Vaterland behandelt werden, sollen einige Jahre später den „Rock des Königs“ tragen und ihr Blut verpflügen. Wer Wind säet, wird Sturm ernten. Langsam aber stetig wachsen wir. In Danzig stehen uns aber noch zirka 4000 Fortbildungsschüler fern, in Elbing mit seinen tausenden jugendlichen Arbeitern, können wir ebenfalls noch sehr viele Arbeit leisten. Ein guter Beweis unserer Kraft war der Pfingsten abgehaltene Jugendtag. Dem Gegner, unserm Todfeind, können wir unsere Jugend nicht überlassen, in der Jugendfrage dürfen wir nicht erlahmen. Hier gehts aufs Ganze. Mehr als die Wiederkehr einer Revolution wie 1848 fürchten unsere Gegner die Bildung der Massen und die Organisierung der Jugend durch uns, weil sie wissen, daß dadurch ihre Geldschränke in Gefahr kommen. Diese Furcht unserer Aufklärungsarbeit macht das Bürgertum unfähig zum Kampf gegen die Reaktion für die Bürgerfreiheit. Darum die Forderungen von Ausnahmegesetzen gegen uns, darum der Wunsch nach Einschreiten des Staatsanwalts, darum das Zupacken der Polizeifäuste, die Verbreitung der Lokale und der Bildungsinstitute. Diesem Druck von oben muß verdoppelte Arbeit von unten entgegengekehrt werden. In der Förderung der Bildungsbestrebungen und der Jugendbewegung ist die beste Zukunft des Volkes verkörpert. Mögen die Schergen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung alles gegen uns mobil machen, wenn wir unsere Arbeit ruhig fortsetzen, dann erfüllt sich das Dichterwort:

Nur was zerfällt, vertretet ihr,
Seid Kasten nur trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Stuh ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!
Unser die Welt trotz alledem!

(Lebhafte Beifall.)

In der Debatte erklärt Schulz-Elbing: Kirche und Schule erziehen die Jugend nur auf unsere Staatsordnung. In Frankreich wurden die Kinder vor 1871 auf das Kaiserreich, in demselben Jahre nach dem Umschwung aber noch auf die Republik eingeschworen. Auch die Lehrer sind vielfach gegen die Sozialdemokratie voreingenommen. Deshalb muß überall die Wichtigkeit der Jugendarbeit richtig eingeschätzt werden. Man gibt nicht umsonst von den Herrschenden den Kindern schon Hofzäbel, um sie für den Militarismus einzufangen. Wir werden mit zweierlei Maß gemessen. Als wir im Elbinger Rathause gegen das Gefangensverbot für unsere Jugend protestierten und darauf verwiesen, daß die Jungdeutschlandbündler hätten spielen dürfen, antwortete der Bürgermeister: singen sei nicht dasselbe wie spielen. (Gelächter.) Die Bewegung müsse aber auch stärker finanziell gefördert werden.

Meyer-Elbing empfiehlt diesen Wunsch ebenfalls. Von 200 Mark, die der Zentralbildungsausschuß zur Agitation zur Verfügung stellte, habe Elbing trotz mehrfacher Vorstellungen beim Provinzsekretär nichts erhalten. Es ist nicht richtig gewesen, daß der ganze Betrag nur für Danzig verwendet worden sei.

Finsel-Elbing beleuchtet die Natur und Absichten der bürgerlichen Jugendbewegung. Die Arbeiter-Jugendbewegung werde dadurch aber nicht zurückgeworfen werden können. Sie wird und muß vorwärts gehen. Von finanziellen Momenten hänge das nicht allein ab. Von den 200 Mark hätte Elbing aber auch seinen Teil abbekommen sollen. Die Ausführungen des Genossen Leu waren so bezeichnend, daß er beantrage, sie als Sonderdruck herauszugeben.

Fooken-Danzig ersucht, auch den Vertrieb sozialistischer Literatur zur besseren Durchbildung der Erwachsenen nicht zu vernachlässigen. Die Buchhandlung Volkswacht werde dabei mit Rat und Tat stets zur Verfügung stehen.

Gehl-Danzig: Die Beschwerde von Elbing wegen der 200 Mark sei nicht begründet. Von diesem Betrage seien über 120 Mark für allgemeine Zwecke verwendet. Den Rest vorausgabte der Danziger Jugendausschuß in seiner Eigenschaft als Bildungsausschuß. Der Elbinger Ausschuß habe nicht abgerechnet, so daß nicht einmal geprüft werden konnte, ob er Geld benötigte. Auch der Danziger Bildungsausschuß müsse sehen, seine Bezirksamgaben mit Einnahmen zu decken, die er in Danzig gemacht habe. Die Anschaffung eines Lichtbildapparats würde auch aus dieser Quelle erfolgen müssen. Er bat noch die Genossen, eventl. Kandidaten für den Besuch der Partikelschule zu benennen.

Schulz-Elbing unterstützt die Beschwerde des Genossen Meyer.

Das Referat des Genossen Leu soll in der Volkswacht ausführlich zum Abdruck kommen.

Der Parteitag schreiet zur Erledigung der Anträge auf Aenderung des Statuts. Diese haben folgenden Wortlaut:

Elbing.
Die Provinzkommission ist so zusammenzusetzen, daß ein Mitglied der Parteioorganisation Elbing-Marienburger in ihr Sitz und Stimme hat.

Provinzvorstand.
Veröffentlichung. § 5. Wjährlich erstattet der Provinzvorstand einen schriftlichen Tätigkeitsbericht. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März.
Provinzparteiitag. § 9. Mindestens aller zwei Jahre findet ein Provinzparteiitag statt. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisenvereinen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Wahlkreisenvereinen bis zu 100 Mitgliedern ein Delegierter, bis 200 zwei, bis 300 drei, bis 600 vier, bis 1000 fünf; über 1000 für je 200 ein Delegierter. Die Vertretung richtet sich nach der vom Provinzvorstand auf Grund der an ihn für das letzte Quartal abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl.

In Wahlkreisen, wo mehrere Ortsvereine bestehen, sind diese vom Wahlkreisesvorstand in so viel Wahlbezirke zusammenzufügen, als Delegierte zu wählen sind. Jedem Wahlbezirk steht ein Delegierter zu. In Wahlkreisen, wo mehrere Ortsvereine bestehen, aber kein einheitlicher Wahlkreisesvorstand vorhanden ist, wählen die einzelnen Ortsvereine die auf ihre Mitgliederzahl entfallenden Delegierten. Sind mehrere Delegierte zu wählen, so soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Kosten für die Delegierten tragen die Wahlkreisesvereine. Auf Antrag kann der Provinzvorstand die Kosten für einen Delegierten solcher Wahlkreisesvereine übernehmen, die nicht imstande sind, die Kosten zu tragen.

Teilung. § 19. Der Vorstand leitet die gesamten Parteiarbeiten im Orte im Auftrage des Wahlkreisesvorstandes.

Generalversammlung. § 23. Die Generalversammlung beruft und leitet der Ortsvereinesvorstand nach vorheriger Bereinbarung mit dem Wahlkreisesvorstand; sie bestimmt ihre Geschäftsordnung und stellt ihre Tagesordnung im Einverständnis mit dem Wahlkreisesvorstand fest.

Die Generalversammlung entscheidet nur über Fragen, welche die Interessen des Ortsvereines betreffen.

Zum Antrag Elbing nimmt Genosse Bartel das Wort: Der Antrag liegt nicht zum ersten Male dem Parteitag vor. Schon wiederholt hat dieser sich damit beschäftigt. Auf dem letzten Parteitag hatte ich die Ehre, dagegen zu sprechen. Ich weiß mich von jeder Animosität gegen die Elbinger frei und erkenne ihre Arbeit gerne an. Aber eine Begründung für den Antrag läßt sich nicht gut finden. Der Provinzvorstand braucht die Anwesenheit des Elbinger Vertreters nicht scheuen. Gewiß sind heute manche Einwände erhoben, schwerwiegende Bedenken sind gegen die Geschäftsführung des Provinzvorstandes nicht geltend gemacht. Das eine Mitglied wird dem Provinzvorstand auch nicht viel frisches Blut zuführen. Mit dem gleichen Recht wie Elbing können Danzig-Land, Graudenz und Thorn Vertretung im Provinzvorstande verlangen. Denn sollte der Parteitag lieber konsequent sein und den Provinzvorstand aus Vertretern sämtlicher Kreise zusammensetzen. Ein solcher Mobus besteht in Ostpreußen. Aber weil den Gewählten eine öftere Zusammenkunft nicht möglich ist, haben sie ein Dreimännerkollegium gewählt. Dann kommen die Vertreter der Wahlkreise alle Vierteljahr zusammen und müssen dem zustimmen, was der Ausschuß getan hat. Gekannt Ihnen der Provinzvorstand nicht, dann bestimmen Sie doch einen andern Vorort. Wir kennen keine Bezirke und Kreise, sondern nur die eine westpreussische Sozialdemokratie. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Schulz-Elbing wendet sich gegen die Ausführungen von Bartel und meint, daß der Provinzvorstand ohne Weiteres für den Elbinger Wunsch eintreten solle.

Ein von Meyer-Elbing gestellter und von Brill-Danzig-Land bekämpfter Schlußantrag wurde abgelehnt.

Bartel-Danzig: Wir liegt es fern, persönlich zu polemisieren. Ich bitte Sie, die Gründe ruhig zu prüfen. Wir haben keinen Eigensinn, sondern vertreten nur unsere Ueberzeugung. Die Abstimmung im vorigen Jahre beweist doch nicht, daß die Stimmenthaltung über den Genossen für den Elbinger Antrag waren. Sie waren unentschieden. In der Presekommission liegen die Dinge anders, da Elbing eins der Hauptgebiete für die Zeitung ist. Die Königsberger mögen ihren Dreimännerausschuß für bequem halten. Was beweist das für uns? Danzig-Land ist zufällig durch die Wahl der Danziger vertreten. Sie wollen doch dem Wahlkreise Elbing eine Vertretung geben. Selen Sie dann lieber konsequent und ändern Sie das Organisationsstatut. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag abzulehnen.

Brill-Danzig-Land wünscht, es bei dem jetzigen Zustande zu belassen. Sonst müßte auch Danzig-Land, das mehr Geld als Elbing zum Provinzwahlfonds abgeteilt hat, einen Vertreter erhalten.

Roma-Marienburger empfiehlt den Antrag Elbing. Für einen Schlußantrag spricht Cornelien-Danzig-Land, dagegen Meyer-Elbing. Der Schluß der Debatte erfolgt. In der Abstimmung wird der Antrag Elbing mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Anträge des Provinzvorstandes kommen zur Beratung. Der Aenderung des § 5 wird debattelos zugestimmt. Zu der Aenderung des § 19 des Ortsstatuts beantragt Meyer-Elbing die Ablehnung.

Gehl begründet den Antrag. Die Statutenänderung ist nicht aus Bestreben nach einer Einschränkung des Vertretungsrechts der kleinen Kreise geboren, sondern notwendig, um den Maßnahmen der Polizei zu begegnen.

Nachdem sich Bedmann-Flawon und Cornelien-Danzig-Land zur Sache geäußert haben, erhält das Wort

Brill: Was ist praktisch mehr wert: daß jeder Ortsverein auf dem Parteitag vertreten ist oder daß unsere Genossen auf den Dörfern passiv drangaliert werden? Wir haben eine Wahlkreiseskonferenz abgehalten. Dort haben uns auch die Delegierten beschränkt, die uns nach unserer Mitgliederzahl zustanden, obwohl wir nach dem heutigen Statut das Recht hätten, für jeden Ortsverein einen Delegierten zu wählen. Praktisch ist das heutige Statut längst durch die Entwicklung überholt.

Roma-Marienburger: Der Provinzvorstand will Geld sparen und die einzelnen Ortsvereine inebeln. Wie sollen die einzelnen Ortsvereine da wirken? Ich ersuche um Ablehnung des Antrages.

Schöder-Danzig: Das Organisationsstatut der Gesamtpartei kennt nur Wahlkreisesorganisationen. So müssen auch wir die Kreisorganisation und nicht den einzelnen Ortsverein zur Grundlage des Statuts machen. Ich empfehle den Antrag des Provinzvorstandes zur Annahme.

Nachdem noch einige weitere Redner ihre Meinung dargelegt haben, wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die Abänderung der Paragraphen 19 und 23 erfolgt nahezu einstimmig. Einem mittlerweile eingelaufenen Antrag, Langjahr-Band im Provinzvorstand Sitz und Stimme zu gewähren, stimmt der Parteitag ohne Debatte einstimmig zu. Die vorgerückte Zeit macht es notwendig, den Vortrag des Genossen Bartel ausfallen zu lassen.

Geht heute mit, daß ein auswärtiger Redner in der nächsten Woche eine Agitationstour durch die Provinz machen wird. Ein Bildungsurlaub soll ebenfalls in nächster Zeit arrangiert werden. Bis zum 11. Juli muß deshalb Bescheid an den Parteivorstand gelangen und der Provinzvorstand bis zum 5. Juli die Beschlüsse der Organisation kennen.

Grünhagen dankt den Ehrengäbern für das Arrangement des Parteitages und den Sängern besonders. Er fasst das Resultat der Verhandlungen zusammen. Dabei bespricht er noch besonders eingehend das Ergebnis eines Soldatenhilfskomitees-Prozesses in Magdeburg, über den der letzte Vorwärts berichtet habe und mit einem kräftlichen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Parteitag.

Gewerkschaftliches

— Geldgeber der Gelben. In Magdeburg erscheint seit geraumer Zeit ein gelbes Blatt, die Tageszeitung, die sich offiziell als Organ der Wertvereine gibt und in bekannter Manier die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften „bekämpft“. Es war bekannt, daß das Blatt durch Zuschüsse aus Industriellenkreisen über Wasser gehalten wurde. Jetzt ist darüber näheres an die Öffentlichkeit gekommen. Vor einigen Monaten wurde das Blatt und der Druckereibetrieb, in dem es hergestellt wurde, von einer neu gegründeten Gesellschaft übernommen, die sich „Saxonia-Druckerei Leistner und Drews G. m. b. H.“ nennt. Ein ehemaliger Abteilungsleiter des Krupp-Grusonwerkes ist Geschäftsführer geworden. Das Gesellschaftskapital beträgt 109 000 Mark. Die Gesellschaft sind fast ausschließlich große industrielle Werke und zwar sind beteiligt: Friedrich Krupp-Grusonwerk mit 30 000 Mark, Eisenhüttenwerk Thale mit 20 000 Mark, Schäffer und Buddenberg mit je 15 000 Mark, R. Woff mit 10 000 Mark, O. Schiering mit 10 000 Mark, Maschinenfabrik Budau mit 5 000 Mark, H. W. Allendorf mit 4 000 Mark, Wilhelm Juchschwerdt mit 3 000 Mark, Gewerkschaft Burbach-Behndorf mit 3 000 Mark, Patronenfabrik Poite mit 3 000 Mark, Otto Gruson mit 2 000 Mark, E. Ullrich & Co. mit 2 000 Mark, C. H. Blume mit 1 000 Mark und — Kurt von Allen, Polizeipräsident von Magdeburg, mit 1 000 Mark.

Der interessanteste Gesellschafter ist jedenfalls der Polizeipräsident von Magdeburg. Er gibt einen hübschen Hintergrund ab für die übrigen Gesellschafter, die sich alle so bereitwillig zusammengefunden haben, um ein Arbeiterblatt zu finanzieren. Ob es wohl noch viele Arbeiter gibt, die mit solcher Blindheit geschlagen sind, um nicht zu erkennen, daß dies „Arbeiterblatt“ nicht Arbeiter-, sondern Unternehmerinteressen zu vertreten und die Aufgabe hat, den Aufstieg der Arbeiter unter allen Umständen mit vereitelten zu helfen?

— Achtung, Erdarbeiter! Die Firma Baum aus Altrahstedt bei Hamburg führt in Bremen größere Erdarbeiten aus. Und da derartige Unternehmern das billigste und willigste Menschenmaterial das liebste ist, so wurden auch von dieser Firma für diese Arbeiten zunächst Polen herangeholt. Alle Versuche der Bauarbeiter, die Leute für die Organisation zu gewinnen, schlugen fehl, so die Polen konnten sich vor Freuden nicht lassen, als die Vertreter des Verbandes mit Gewalt von dem Gelände gebracht wurden. Doch die Polen wurden eines Tages aus Bremen ausgewiesen. Für den Unternehmer selbst handelte es sich ja nun darum, schnell Erlag und zwar möglichst billigen zu beschaffen. So wurden denn nun zürfa 60 Personen aus Schlesien, Ost- und Westpreußen, herangeholt, darunter waren auch mehrere Frauen. Aber selbst diesen Leuten wurde das dort betriebene Ausbeutungssystem zu stark, und als sie zu der Einsicht kamen, daß sie pro Stunde 15 bis 20 Pfennig unter den ortsüblichen Löhnen arbeiten sollten, schlossen sie sich dem Bauarbeiterverbande an, der nun die Interessen seiner Mitglieder zu wahren suchte. Dabei kam es zur Arbeitsentziehung. Jetzt sucht die Firma an allen Orten Arbeitswillige. Aus Hamburg kam eine Kolonne in Stärke von acht Mann, die angeblich durch ein Bureau in der Steinstraße geliefert worden sind. Die Arbeiter werden gebeutelt, ein aufmerksames Auge auf alle Anzeichen zu richten, durch die Erdarbeiter nach Bremen gesucht werden, oder in denen ein Vermittlungsbureau eine größere Zahl Arbeiter verlangt. Es ist anzunehmen, daß es sich in diesen Fällen um Anwerbung von Straßbrechern nach Bremen handelt.

Soziales

— Das „Handhafte“ Reichsversicherungsamt und die Angestellten der Berufsgenossenschaften. Das in den Berufsgenossenschaften vereinzelt unternehmern wohl seinen Willen und seine Auffassungen durchzuführen — auch beim Reichsversicherungsamt. Die unbilligsten Arbeiter bekommen das in keiner Rede zu spüren; aber auch die Angestellten der Berufsgenossenschaften machen diese wiederkehrende Erfahrung. Unter dem früheren Unterdirektor waren diese Angestellten ganz und gar abhängig von dem guten oder schlechten Willen der Unternehmervertreter, die sich trotz des § 48 des G. V. G. auch vom Reichsversicherungsamt in die Angelegenheiten nicht drängen ließen. Diese Behörde sah den Dingen mit verchränktem Arme zu und entschuldigte ihre Inaktivität mit ungenügender Machtbefugnis. Daher die großen Hoffnungen auf die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Jetzt sind die Kompetenzen des Reichsversicherungsamts als Aufsichtsbehörde erweitert. Es hat die auf Grund der R. V. G. neu zu erlassenden Dienstordnungen vor deren Aufstellung die vollständigen Angestellten über ihre Wünsche vom Genossenschaftsverband zu hören sind, daraufhin zu prüfen, ob die Gehalts- und Anstellungsbedingungen angemessen geregelt sind.

Wie man sieht, kommt letzten Endes alles auf die Auslegung des Begriffs „angemessen“ durch das Reichsversicherungsamt an. In den Reihen der Angestellten gab man sich guter Hoffnung hin und vertraute auf das Amt. Von den Berufsgenossenschaften war von vornherein nicht viel gutes zu erwarten. Sie haben vielfach die alten Gehaltsätze, die durch die fortwährende Teuerung schon lang unzureichend waren, einfach in die neuen Dienstordnungen übernommen. Allenfalls wurde eine geringe Erhöhung des Endgehalts vorgenommen, wovon die Mehrheit der Angestellten vorläufig nur den schönen Anblick genießt. Das Anfangsgehalt blieb aber das alte. Auch die geistlich vorgeschriebene Anhebung der Angestellten über ihre Wünsche geschah in unzulänglicher Weise oder überhaupt nicht. Mehrfach wurde den Unterausschüssen bedeutet, wenn sie mit dem Gebotenen nicht zufrieden wären, erhielten sie gar nichts. Ueber den Aufstieg im Gehalt hat nur eine Berufsgenossenschaft eine bindende Vorschrift erlassen; alle anderen belassen es bei den schönen Worten: „Dienstalterszulagen können gewährt werden, wenn . . .“ oder ähnlichen Wendungen; eine Gewähr für ein Aufsteigen in höhere Klassen wird nirgends zugesichert. Ebenso wenig wurde die doch gewiß berechtigige Forderung, alle am gleichen Orte, aber in verschiedenen Genossenschaften Beschäftigten sollen nach einheitlichen und gleichen Gesichtspunkten bezahlt und behandelt werden, beachtet, und auch die sich auf die Pensions- und Hinterbliebenenfürsorge erstreckenden Wünsche wurden überhört.

Und das Reichsversicherungsamt? Tral es für seine Schutzbefohlenen ein und drang auf Verbesserung oder verweigerte es seine Genehmigung? Mindestens nicht so, wie die Angestellten billigerweise es erwarten durften. Sämtliche bisher eingereichten Dienstordnungen, so buntschmetterig sie aussehen mochten und so widersprechend sie auch die Gehaltsfrage „ge-regelt“ hatten (Unterschiede von 1000 Mark und mehr im Jahresgehalt bei gleicher Beschäftigung in benachbarten Berufsgenossenschaften gehören durchaus nicht zur Seltenheit), wurden trotz Einspruchs der nächstbetroffenen genehmigt. Beschwerde-führer wurde vom Amt eröffnet, daß keine Eingaben mehr angenommen würden, die nicht zuvor durch die Hände des Genossenschaftsvorstandes (gegen dessen Anordnungen sich doch die Beschwerde richtet) gegangen und von ihm an das Amt weitergegeben seien!

Zum Schluß die Krönung dieses Verhaltens! Nachdem die Angestellten Groß-Berlins in einigen Versammlungen diese Zustände besprochen und der Reichstagsabgeordnete Giebel im Reichstage die Haltung des Reichsversicherungsamts angegriffen hatte, erging an die Berufsgenossenschaften eine Aufforderung des Staatssekretärs des Innern, wo es u. a. heißt: „Um dem Vorwurfe, daß die nach der Musterdienstordnung erlassenen neuen Dienstordnungen sachlich den Wünschen des Reichstages und der Angestellten zu wenig Rechnung tragen, wirksam entgegenzutreten zu können, ist festzustellen, in welchen Beziehungen die Angestellten der einzelnen Berufsgenossenschaften durch die schon genehmigte neue Dienstordnung, soweit dieser Erfolg nicht schon durch zwingende gesetzliche Vorschriften eintritt, gegen früher besser gestellt werden. . .“ Es sieht danach fast so aus, als ob das Reichsversicherungsamt zum Sachwalter der Interessen der Berufsgenossenschaften und nicht der Angestellten bestimmt worden sei.

Durch ein Urteil vom 2. März d. Js. wird dieser Eindruck von der Standhaftigkeit des Reichsversicherungsamtes gegen die Bestrebungen der Angestellten noch besonders gefördert. Dieses sanderbare Urteil patentiert den Berufsgenossenschaften die pfiffige Idee, durch einen Vorstandsbeschluss auszusprechen, daß der vom Reichsversicherungsamt auf seine „Angemessenheit“ fürsorglich nachgeprüfte Besoldungsplan nur „für die auf Grund eines — neuen Vertragsabschlusses in den Dienst der Berufsgenossenschaft tretenden Angestellten“ Geltung hat. So ist der Zweck des Gesetzes glücklich vereitelt; dessen Zweck ist ja wohl, den vorhandenen Angestellten ebenfalls Schutz und Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu bringen. Hut ab! — deshalb vor solcher Genialität der Unternehmer. Köstlich in diesem Zusammenhang mutet die Rechtsmeinung an, das Reichsversicherungsamt habe den Besoldungsplan (einen Hauptteil der Anstellungsbedingungen!) überhaupt nicht zu genehmigen, wenn er in die Dienstordnung — nicht aufgenommen ist!

Hoffentlich rüttelt die Angestellten die bittere Erfahrung aus der Vertrauenslücke mach. Sie müssen lernen, nur der eigenen Kraft zu vertrauen, die in einer strengen gewerkschaftlichen Organisation wurzelt.

— Billige deutsche Kohle im Ausland. Die französische Zeitschrift Kohle und Holz bringt in ihrer Nummer 11 vom 1. Juni einen Artikel, überschrieben: „Das Eindringen der deutschen Kohle“. Darin wird ausgeführt, daß die deutsche Kohle nach und nach ganz Belgien erobert. Es seien dreißig Jahre, daß man anfing, sie langsam in Antwerpen einzuführen und ungefähr ein Duzend Jahre, daß das Kohlensyndikat mit Hilfe Antwerpener Kaufleute eine Filiale einrichtete. Diese Filiale hat, besonders im letzten Jahre, profitierend von den niedrigen Exportpreisen, die die Deutschen fordern, eine mächtigen Bilanz gemacht. Ihr Profit soll 12 Millionen Franc im letzten Jahre betragen haben. Seit zwei Jahren hat sie an den besten Plätzen, sowohl an der Meersküste, wie im Herzen des Landes, Depots aufgemacht. In Brüssel jängt die deutsche Kohle an, den Markt zu erobern, doch will sie nicht allein diesen Platz als Abgabebiet haben, sondern auch die Umgegend. Wie können wir uns dagegen schützen? Die Gesellschaft „Mariemont-Bascoup“ erniedrigte, um ihre Vorräte zu vermindern, den Tonnenpreis um zwei Franken. Diese Preisermäßigung sollte das deutsche Kohlensyndikat bekämpfen? Nein, das antwortete, um sich der belgischen und deutschen Konkurrenz nicht indizierter Zeichen zu wehren, damit, daß es den Tonnenpreis um 6 Francen erniedrigte. So im Ausland, während in Deutschland die Rheinisch-Westfälische Zeitung am 26. November 1913 schrieb, daß für das Jahr 1914 eine Preisermäßigung von 1,25 Mark für die Tonne eintrete. Wie kann das Syndikat für Belgien nun den Preis um sechs Francen herabsetzen. In Brüssel verkauft die deutsche Gesellschaft die Kohlen um 3 bis 5 Francen billiger als der belgische Kurs ist. Unsere Meereswege sind rein für sie gemacht. Ihre großen Dampfer, die vom Ruhrgebiet nach Brüssel fahren, können natürlich schneller

und billiger expedieren als unsere Paket-boote von Charleroi nach Brüssel. Wenn unser Meereskanal ihnen erlauben wird, erst Dampf von 1000 und 1200 Tonnen zu senden, werden sie den Preis noch um die Hälfte reduzieren. Heute kommt dem deutschen Syndikat der Kohlentransport auf 5,50 Franc die Tonne von Westfalen bis Antwerpen, von Charleroi dahin 4,70 Franc, ein armseliger Unterschied von 0,80 Franc. Man sagt, daß das Kohlensyndikat, um zu recht billigen Preisen exportieren zu können, das deutsche Volk zwingt, die Kohlen desto teurer zu bezahlen. Es muß doch ein sehr gutes Volk sein, diese Deutschen. . .

Wirklich, die Deutschen sind ein gutes Volk, darin hat die französische Zeitschrift Recht. Es läßt seine Bodenschätze, die schwarzen Diamanten, im Auslande zu Spottpreisen verschleudern, während es im Winter im Zimmer daheim friert, weil die Kohlenpreise zu hoch sind.

— Das Arbeitsbuch als schwarze Liste. Wer in das Arbeitsbuch Eintragungen zur Kennzeichnung des Arbeiters macht, wird bestraft. Dennoch wird jetzt im Zwickauer Bergbau das Arbeitsbuch in der angebotenen Weise mißbraucht. Um aber den Strafbestimmungen eine Nase zu drehen, haben die Unternehmer einen schlaunen Kniff erdacht. Bekanntlich muß das Arbeitsbuch Eintragungen über die Art der Beschäftigung, über Antritt und Austritt aus der Beschäftigung enthalten. Die gelben Bergknappenvereiner schnüffeln nun in allen Grubenecken herum, um jede erlauschte, gegen die Arbeiter etwa zu verwertende Neußerung zum Gegenstand einer Denunziation bei der Betriebsleitung zu machen. Die Opfer dieser Gefinnungsriecherei werden dann als Tagearbeiter weiter beschäftigt. Bei dieser Arbeit wird ein bedeutend niedrigerer Lohn erzielt, als in der Grube. Und wenn dann der Arbeiter diese Strafarbeit verläßt und in einer andern Grube Beschäftigung zu finden sucht, dann findet der neue Obersteiger, daß der Mann als Grubenarbeiter eingestellt und als „Tagearbeiter“ entlassen worden ist und der dadurch als Agitator oder Verbandsfreund gebrandmarkte Arbeiter wird bei der Nachfrage nach Arbeit abgewiesen.

Auf einem Reinsdorfer Werke war ein junger Bergarbeiter von einem gelben Denunzianten belauscht worden, wie er seinen Arbeitskammer fragte, ob er nicht auch im Verband sei. Als Strafe dafür wurde der junge Mann „über tags“ verlegt, damit er durch seinen Lohn zur Raison und zur gelben Gefinnung gebracht werde. Er zog aber vor, diese Erziehungskur abzuschütteln und ging. Er fand keine Arbeit im Bergbau und arbeitete darum in einer Ziegelei. Nach einiger Zeit versuchte er sein Glück, Arbeit im Bergbau zu finden, aufs neue. Als er auf einem Schachte dem Obersteiger sein Arbeitsbuch vorlegte, wies ihn dieser nicht kurzerhand ab, sondern beging die Unflugheit zu fragen, warum er (der Arbeiter) „über tags“ verlegt worden sei, was er denn getan habe. Als der Arbeiter ihm sagte, er sei überzählig in der Grube gewesen, sagte der Obersteiger, daß er das nicht glaube und erst telephonisch Erkundigung einziehen müsse. Daraufhin wurde der Arbeiter dann abgewiesen. So ist der Zweck der Uebung bekannt geworden.

Der mißliebige oder rot anzukreuzende Arbeiter wird „über tags“ verlegt. Wird er gelb, kommt er wieder in die Grube, hat er aber Charakter und geht seiner Wege, dann dient das durch das Wort „Tagearbeiter“ zum Uriausbrief gewordene Arbeitsbuch zu seiner Kennzeichnung. Die volljährigen Arbeiter aber, die das Arbeitsbuch nicht mehr brauchen, können dieser Bonzotbezeichnung ebenfalls nicht entgehen, denen wird sie auf den Abfahrtschein geschrieben. So wird der Arbeiter gezwungen, die ihn ächtende schwarze Liste selbst in der Tasche herumzutragen und ahnungslos den Unternehmern das Material gegen sich selbst in die Hände zu geben.

Lupa

hochfeine
2 Pfg.
Cigarette
Specialmarken:
Salem Aleikum
Salem Gold
Licht mit Firma:
Orient-Tabak- u. Cigarettenfabrik
Yenidze, Inhaber Hugo Lietz, Dresden
Trustfrei!

Abgeordnetenhaus

93. Sitzung, Sonnabend den 13. Juni 1914, vorm. 10 Uhr.
Am Ministertisch: Dr. Beyer.
 Der Antrag der Staatsregierung, die Zustimmung zur Vertagung des Landtags vom 18. Juni bis zum 10. November, während welcher Zeit aber mehrere Kommissionen weiter arbeiten sollen, zu erteilen, wird angenommen.
 Der Präsident teilt dazu mit, daß die Kommissionsmitglieder die Tagegelber von 15 Mark weiter beziehen werden.
 Abg. Uppmann (Wp.) konstatiert unter dem Gesicht der Rechte, daß die Sozialdemokraten zu dieser Vereinbarung der Parteien nicht zugezogen worden sind und wünscht dann, daß die Kommissionsmitglieder auch für die Reisetage Diäten erhalten sollen. War will das jetzt durch eine einfache Verfügung des Präsidenten geregelt. Ich halte aber die Zustimmung des Hauses hierzu für erforderlich.
 Präsident Graf Schwerin-Löwitz erklärt, daß sein Vorgehen durchaus der Praxis des Hauses entsprechen. Dies wird von einem Reglements-Kommissar bestätigt.

Abg. Uppmann (Wp.) hält daran fest, daß nicht der Präsident, sondern das Haus mit der Regierung über die Diätengeldzahlung für die Reisetage zu entscheiden hat und wünscht, daß in die Verfügung des Präsidenten ausdrücklich der Satz aufgenommen werde, daß für jeden Tag der Teilnahme an den Kommissions-Sitzungen, auch für die Tage der Zu- und Abreise, die Diäten gezahlt werden.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.) stellt fest, daß seine Fraktion von der ganzen Vereinbarung nicht verständigigt wurde. (Wachen rechts.) Sie lachen jetzt über die Millionen preußischer Bürger, die hinter uns stehen. (Wachen rechts.) Sie Herr Abgeordneter Schulze-Pelzum, sollten als Mitglied des Bureaus doch nicht das Kommando zum Nachgeben geben. (Abg. Schulze-Pelzum: Ich habe kein Kommando gegeben, ich verbitte mir eine solche Unverschämtheit!) Ich überlasse es dem Hause, festzustellen, ob Ihre Unverschämtheit größer ist oder die meine. (Der Präsident ruft den Redner und dann auch den Abg. Schulze-Pelzum zur Ordnung!) Halten Sie Ihre Konventionen nur ruhig allein ab, uns schaden Sie dadurch nicht!

Nach weiteren Auseinandersetzungen erklärt sich der Präsident bereit, die Verfügung dahin zu ändern, daß die Tagegelber auch für die Reisetage gezahlt werden.
 Im Lauf der weiteren Geschäftsordnungsdebatte erwähnt Abg. Dr. v. Campe (Nat.), daß sein Parteigenosse Hausmann, der Vorsitzende der Fischereikommission, der heute nicht anwesend sein kann, durch ihn den Wunsch übermitteln läßt, daß diese Kommission schon möglichst bald zusammentrete. Abg. Dr. von Pappenheim (Konf.) macht dazu den Vorschlag, daß der der Kommission gar nicht angehörende Abg. Dr. v. Campe als Hausmanns-Vertreter die Kommission eben bald einberufen soll!
 Es folgt der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hammer (Konf.) in einem Privatbeleidigungsprozeß zu verweigern.

Abg. v. Dittfurth (Konf.) beantragt, die Genehmigung zu erteilen. Es sei eine Unflut des Hauses, die Genehmigung stets zu verweigern; daß das Haus diesmal verlagt und nicht geschlossen werde, sei nur ein Zufall, der der Justiz nicht in den Arm fallen dürfe. Lieber habe Abg. Hammer selbst den Wunsch, den Prozeß beendigt zu sehen. Abg. Hengsberger (Freil.) schließt sich an.
 Abg. Dr. Schäfer (Nat.) ebenfalls. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Dem Wunsch des Abg. Hammer soll man stattgeben, wenn keine zwingenden Gründe dagegen sprechen. Der Prozeß kann ihn auch während der viermonatigen Vertagung nicht in seiner parlamentarischen Tätigkeit beeinträchtigen.

Abg. Waldstein (Wp.) widerspricht dieser Auffassung, denn jeder Abgeordnete kann bei den Kommissionsarbeiten als Mitglied oder als Berater seiner Parteigenossen gebraucht werden. Die Willensänderung des Abg. Hammer — gestern wurde in der Kommission ausdrücklich erklärt, daß er nicht ausgeliefert werden wolle. (Hört! Hört! links: Zurück! rechts: Unwahr!) die Abg. von Pappenheim ab er auf angebliche Jurufe der Soz. bezieht — scheint uns im Hinblick auf den Fall Liebknecht erfolgt zu sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nicht der Wunsch des Abgeordneten, sondern das Recht des Parlaments ist maßgebend.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.): Ein Recht des Abgeordnetenhauses darf nicht aufgegeben werden. Kein Parlament liefert seine Mitglieder während der Session aus. Wir haben die Rechte des Parlamentes zu schützen, und Hammers Willensänderung darf auf die Mehrheit deshalb keinen Eindruck machen, sie ist übrigens erst eingetreten, als unser Antrag auf Einstellung im Fall Liebknecht vorlag. (Hört! Hört! b. d. Soz.) 20 Jahre lang haben die Konservativen gegen die „Unflut des Hauses“ keinen Einspruch erhoben, jetzt, wo der Fall Liebknecht vorliegt, tun sie es auf einmal. Nach außen können Sie sich so dumm stellen wie Sie wollen, das kann uns nur angenehm sein, aber wir stellen fest, daß Sie jetzt einen Betrugswortfall schärfen wollen, nach dem Sie später handeln können. Kein Abgeordneter, dem es mit den Rechten des Parlaments ernst ist, kann diese Absicht mitmachen. (Beifall b. d. Soz. und der Wp.; Widerspruch rechts.)

Abg. Herold (Ftr.) Der Wunsch des Abgeordneten selbst ist von wesentlicher Bedeutung. Das Haus hat seinerzeit auch auf Wunsch meines Parteigenossen Lamberger die Genehmigung erteilt.
 Abg. v. Dittfurth (Konf.) bestreitet, daß Hammers Willensänderung unter irgend welchen Umständen erfolgt sei, Hammer sei folchem Breden gar nicht zugänglich.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.) stellt nochmals fest, daß die Zustimmung Hammers zur Verfolgung erst nach der Einbringung des Einstellungsantrags in Sachen Liebknecht gegeben wurde.
 Die Genehmigung zur Strafverfolgung Hammers wird gegen die Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten erteilt.
 Es folgt der Antrag Braun (Soz.) auf Einstellung des vor dem Ehrengerichtshof der Rechtsanwälte in Leipzig schwebenden Verfahrens gegen den Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) für die Dauer der Session.

Abg. v. Dittfurth (Konf.) beantragt, gemäß der Praxis des Hauses Überweisung des Antrags an die Geschäftsordnungs-Kommission.
 Abg. Dr. Schäfer (Nat.) stimmt zu, wünscht jedoch, daß diese Kommission noch heute zusammentrete, damit bestimmt noch das Haus in dieser Sache entscheiden könnte.
 Abg. Waldstein (Wp.): Es handelt sich um eine Parteitagrede Liebknechts, durch die der Zar beleidigt worden sein soll. Die Unwahlschammer Berlin hatte ein Verfahren auf die Denunziation hin abgelehnt, das Kammergericht ordnete das Verfahren an, das einen Verweis ergab. Es liegt gar kein Interesse vor, der zweiten Instanz jetzt die Wege zu ebeneden, und von dem seinerzeit gefassten Beschluß des Hauses abzugehen, dieses Verfahren für die Dauer der Session einzustellen.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.): Schon aus den vom Vorredner angeführten Gründen muß das Haus die Verfolgung einstellen, aber auch dann, wenn man nicht will, daß ein Akt persönlicher Nachsicht der Mehrheit soll angenommen werden können. Der Reichstag hat einstimmig die Einstellung des Verfahrens beschlossen, und das Gleiche hier zu tun, ist einfach eine Anstandspflicht. Nach einer Vereinbarung der bürgerlichen Parteien haben wir heute unsere letzte Sitzung, in der eine sachliche Verhandlung möglich ist; die Überweisung der Sache an die Kommission würde also nur ein Begräbnis bedeuten, wogegen wir als eine politische Unanständigkeit Verwahrung einlegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Abgg. Dr. Schäfer (nat.) und Herold (Ftr.) wenden sich gegen die Auffassung des Vorredners, daß die Zustimmung des Abgeordneten zu seiner Verfolgung die Hauptbedingung sei.
 Abg. Hänsch (Soz.) weist nochmals scharf darauf hin, daß nach dem Arbeitsplan der bürgerlichen Parteien eine nochmalige Beratung dieser Sache ausgeschlossen erscheine. Er zitiert die Rede des Zentrums und der National-liberalen, als das Haus 1911 die Einstellung des Verfahrens gegen Liebknecht beschloß, und beweist daran die totale Schwelgen dieser Parteien.
 Abg. Waldstein (Wp.) wünscht, daß das Haus am Dienstag über den Kommissionsbericht verhandelt.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.) beantragt, daß die Kommission noch heute beraten soll.

Abg. Frhr. v. Jedditz (Freil.) meint, daß die Sache noch am Dienstag beraten werden könne.
 Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz: Lieber die Einberufung der Kommission hat nur ihr Vorsitzender zu entscheiden (es ist das der Abg. Mathis (nat.)), er ist aber nicht anwesend.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.) erlucht nochmals, die Sache nicht ins Wasser fallen zu lassen.
 Das Haus beschließt gegen die Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen, die Angelegenheit der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. — Nachdem Abg. U. Hoffmann (Soz.) nochmals verlangt hatte, daß die Kommission noch heute zusammentrete, erklärt Abg. v. Kröcher (nat.), daß die Kommissionen ebenso souverän sind wie das Haus, und daß das Haus in ihre Dispositionen nichts hineinzuarbeiten habe.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.): Ich stelle fest, daß Abg. v. Kröcher diese Erklärung nicht schon vor der Abstimmung abgegeben hat. Jetzt weiß man wenigstens, wo es hinaus will.

Die erste Beratung des Fideikommissgesetzes wird fortgesetzt.
 Durch einen Schlußantrag wird dem Abg. Hofer (Soz.), dessen gefällige Ausführungen von fast allen Rednern auf das Höchste angegriffen wurden, das Wort abgeschnitten — Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern, nachdem auf Wunsch des Abg. v. Heydebrand (Konf.) der Zentrumsantrag zurückgezogen worden war, der der Kommission die Bewilligung geben wollte, ein bürgerliches Fideikommissrecht hineinzuarbeiten. — Eine Anzahl Petitionen, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, werden ohne Debatte erledigt. — Der Präsident teilt mit, daß die Geschäftsordnungs-Kommission Montag mittags die Angelegenheit Liebknecht beraten wird, ihr mündlicher Bericht soll eventuell Dienstag um 11 Uhr beraten werden. Dienstag nachmittags werden in beiden Häusern Sitzungen zur Entgegennahme der Vertagungsorder stattfinden.

Wo bleibt das Wahltrecht?
 Abg. U. Hoffmann (Soz.): Ich beantrage, Montag und Dienstag nach wirkliche Planarstellungen abzuhalten, denn wir haben noch eine Reihe dringender Sachen zu erledigen, vor allem, worauf das preussische Volk wohl den größten Wert legt, den Wahltrechtsantrag. (Wachen rechts.) Solange wir kein anderes Wahltrecht haben, können Sie freilich lachen, aber wir wollen, daß endlich einmal die wichtigste Aufgabe der Gegenwart erfüllt wird und das Volk sein Recht bekommt. Ihre Sachen beweist Ihre Mißachtung und Verhöhnung des Volkes, es ist die schlimmste Herausforderung. Wozu denn jetzt zwei freie Tage, wo doch seit Jahr und Tag die Initiativträge aus dem Hause nicht mehr zur Verhandlung kommen und der Landtag nur noch Regierungsvorlagen erledigt. Legen Sie selbst so wenig Wert auf Ihre eigenen Anträge? Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die bürgerlichen Freidenker verlangen dringend die Beratung des Antrags über die Diffidentenänder, in dessen Nichtberatung mit Recht eine Pflichtverletzung des Landtags erblickt wird, dieweil bereits der Breslauer Freiendertag und die Missionen große Summen zur Förderung der Kirchenausstrittsbewegung bewilligt haben. (Abg. Büsch (Ftr.): Borrichte der Sozialdemokratie!) Alles, was Ihnen nicht in den Kram paßt, alles, was vernünftig ist, nennen Sie sozialdemokratisch! — Uns kann's recht sein! Das Petitionsrecht des Volkes steht bei dieser Geschäftsführung des Landtags ebenfalls auf dem Papier. Für das Wahltrecht haben Sie keine Zeit, für die Beseitigung des Gewissenszwangs auch nicht, auf das Petitionsrecht des Volkes wird hier gepfiffen, nur für Regierungsvorlagen und zur Vertretung Ihrer Interessen haben Sie Zeit. (Großer Lärm rechts.) Die Krage, die das Volk tief aufwühlte, wozu wir auf die Tagesordnung gesetzt sehen. Tun Sie es nicht, dann beweisen Sie, daß Sie das Volk verhöhnen und verspotten. (Lebh. Beifall b. d. Soz., Lärm rechts, Ordnungsruf des Präsidenten.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (Konf.) protestiert „nemens der bürgerlichen Mitglieder des Hauses“ gegen diese Rede Hoffmanns. Wir haben unsere Pflicht getan und getan, ehe noch die Sozialdemokratie hier hereinkam, und die Geschichte des Landes sind dabei nicht schlecht gefahren. Eine Beschränkung von den Sozialdemokraten lehnen wir ab. — Die bürgerlichen Parteien haben sich geeinigt, in der nächsten Woche nichts Materielles mehr zu erledigen. Wir sitzen seit fünf Monaten hier und eine Anzahl von uns hat auch noch etwas anderes zu tun. Das Haus ist nur noch schwach besetzt, da ist es nicht richtig, schwierige und zweifelhafte Dinge zu erledigen. Herr Hoffmann wird sich mit seinen wichtigen Fragen der Diffidentenänder und des Wahltrechts begnügen müssen, bis auf den Herbst zu warten, um dann die ihm gebührende Antwort zu bekommen. (Großer Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (nat.) protestiert ebenfalls gegen die Rede Hoffmanns, bezeugt, daß es seiner Partei mit der Vertagung dieser Fragen ernst sei, aber sie wolle parteipolitischen Bestrebungen nicht dienen, und um die nötige Zeit zu gewinnen, müßten kürzere Reden gehalten werden.
 Abg. Frhr. v. Jedditz (Freil.) spricht genau so.
 Abg. U. Hoffmann (Soz.): Wer hat denn hier agitatorische Reden gehalten, als z. B. Diederich Jahn, und heute erst hat der freikonservative Graf Wolzke eine übermäßig lange Rede gehalten. Nicht befehlen wollte ich, sondern darstellen, was nach unserer Ueberzeugung die Pflicht des Hauses ist. Füllen wir doch mindestens noch die Lage aus, die wir zur Verfügung haben. Wir müssen wohl mehr für unser Brot arbeiten als die Konservativen, wir verlangen nicht, daß die Session verlängert werden soll, aber es ist unsere Pflicht, die Tagungszeit auch auszunutzen. Die bürgerlichen Parteien werden doch vollständig hier sein, um die allerhöchste Volkskraft in Empfang zu nehmen. (Seiterzeit b. d. Soz.) Oder meinen Sie, daß alle ausrücken, um ihre Fahrkarten herzukühen, damit sie doppelte Reisespesen bekommen? (Lärm rechts, Ordnungsruf des Präsidenten wegen ungebührlicher Unterstellungen.) Eine zweifelhafte Frage ist uns das Wahltrecht nicht, aber man darf das Volk nicht immer wieder hinterhalten und ihm das Petitionsrecht illusorisch machen. Wenn es agitatorisch ist, von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart zu sprechen, — diese Parole ist doch von jeher hoher Stelle ausgesprochen, und wir verlangen, daß ihr Folge geleistet wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Uppmann (Wp.): Wir haben uns in dem lauten Parliamente mit der Vertagung der Wahltrechtsfrage einverstanden erklärt, die ja erst leßthin besprochen wurde, und, wie wir erwarten, im Herbst vor einem stärker besetzten Haus behandelt werden wird. Die Art und Weise des Abg. Hoffmann mißbilligen wir aufs äußerste. (Beifall b. d. bürgerl. Parteien.)
 Auf Antrag Herold (Ftr.) wird die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen; in persönlichen Bemerkungen setzen sich die Abgg. U. Hoffmann (Soz.) und Uppmann (Wp.) noch auseinander. — Bei der Unterfrügsungsfrage erheben sich für den Antrag Hoffmann nur die Sozialdemokraten, es bleibt somit bei dem Vorschlag des Präsidenten.
 Schluß nach 1/2 Uhr.

Danziger Nachrichten

Schwurgericht.

Die dritte Schwurgerichtsperiode verhandelt unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Haaring. Es gelangen drei Strafsakten zur Aburteilung. Die Geschworenen des Volksgenrichts sind in der Mehrzahl Gutsbesitzer.
 Am Montag mußten sich die Arbeiter Johannes Boed und Josef Rohde aus Oliva wegen gemeinschaftlichen Straßenstraubens verantworten. Der Angeklagte Boed ist 27 Jahre alt und ohne feste Arbeit. Er ist vielfach vorbestraft, unter anderem mit einem Jahr Zuchthaus wegen Verleitung zum Meineid. Erklärlich ist aber vieles, wenn man berücksichtigt, daß Boed in frühesten Jugend die Mutter durch den Tod verloren hat. Der Vater wanderte nach Amerika aus. Der Junge wurde von den Großeltern erzogen. Seit seinen vierzehnten Lebensjahr ist er fortgesetzt mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen. Einmal wegen Diebstahls, der hart an Pauls grenzt. Rohde hat regelmäßig gearbeitet und ist unbefragt. Die Angeklagten trafen sich am 18. April in Oliva und besuchten verschiedene Schanklokale. Gegen Abend gingen sie

in das Lokal von Abrecht in Schmiera: Hier sahen die Angeklagten, die sich inzwischen einen kleinen Rausch zugelegt hatten, wie der Fleischermeister Dreffe beim Bezahlen seiner Beche ein 20-Mark-Stück wechselte. Da ihnen keine Getränke verabfolgt wurden, weil es schon 12 Uhr war, verließen sie das Wirtshaus und erwarteten in der Nähe des Generalsheims des 17. Armeekorps den Fleischermeister, der hier vorbeikommen mußte. Dreffe kam nach ungefähr 15 Minuten an der Stelle vorbei. Rohde stieß an, ob absichtlich oder nicht, konnte nicht festgestellt werden. Als der Angeklagte sich umdrehte, stieß Boed ihn in den Graben, deckte ihm mit der Mütze das Gesicht zu und raubte aus der linken Hosentasche 70 Mark. Rohde beteiligte sich weiter nicht an dem Ueberfall, er stand in der Nähe und sah zu. Auf dem Bahnhof in Oliva teilten sich die Angeklagten den Raub. Jeder erhielt 35 Mark. Sie wanderten dann von Schank zu Schank und verbrauchten das Geld bis auf einen geringen Rest. Am andern Tage wurden beide verhaftet.
 Die Angeklagten sind im allgemeinen geständig. Rohde bestreitet aber ganz entschieden, den Droffe absichtlich gestoßen zu haben.

Die Schuldfrage lautete auf gemeinschaftlichen Straßensraub. Die Geschworenen bejahten die Frage und verurteilten dem Angeklagten Boed die milderen Umstände, dem Rohde wurden sie zugestanden.
 Der Staatsanwalt führte aus: Straßensraub ist ein schweres Verbrechen. Der Verkehr auf der Straße muß unter allen Umständen geschützt werden. Der Straßensraub scheint sich in der Umgebung Danzigs einzubürgern. Er beantragte gegen Boed sieben Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Rohde sollte auf vier Jahre ins Gefängnis wandern, Rechtsanwalt Rurowski, der Verteidiger Boeds, bat um eine mildere Strafe. Der Angeklagte habe schwer Arbeit finden können wegen der Vorstrafen.

Der Verteidiger des Angeklagten Rohde, Rechtsanwalt Hoffmann, erluchte, die Strafe auf das Mindestmaß herabzusetzen.
 Nach kurzer Beratung wurde das Urteil verkündet. Es lautete: Der Angeklagte Boed wird zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Außerdem wird er unter Polizeiaufsicht gestellt. Der Angeklagte Rohde wird zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten nahmen die Strafen an.
 Ein Ruderboot ist dem Fischer M. in Westlich-Neufahr gestohlen worden. Das Boot ist grün gestrichen und hatte drei Ruder.
 Die Schlaumwerf hat mit dem städtischen Elektrizitätswerk einen Vertrag geschlossen, wonach das Elektrizitätswerk den ganzen Strombedarf der Werft liefert.

Wintergarten. Am Sonntag den 21. d. Mts. findet im Wintergarten eine Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen statt. Der Eintrittspreis beträgt für alle Plätze nur 30 Pf. Allen Freunden des gefunden Humors können wir den Besuch dieser Vorstellung nur dringend empfehlen. Alles Nähere ist aus dem Inserat zu erfahren.

Standesamt vom 15. Juni 1914.
 Danzig.
 Todesfälle: Tischergeselle Christian Trentowski, 65 J. 3 M. — Bahnarbeiter Heinrich Felckner, 56 J. 8 M. — S. des Maurergesellen Alfred Krommütz, 5 M. — Witwe Wilhelmine Bose, geb. Bigelshy, 74 J. 3 M. — Witwe Juliane Labudde, geb. Wetke, 51 J. — Witwe Emilie Böhndert, geb. Wöhl, 76 J. 11 M. — Frau Pauline Seeger, geb. Preuß, 89 J. 3 M. — T. des Arbeiters Adolf Ridzewski, 10 M. — Frau Bertha Sabin, geb. Hauptmann, 60 J. 7 M. — Tischlermeister Emil Wittendorf, 47 J. 11 M. — Unheilich 1 S.
 Danzig-Langfuhr.
 Todesfälle: Lehrer a. D. Johannes Kugler, 82 J. 8 M. — Kaufmannsrau Elisabeth Werner, geb. Gerigt, 49 J. 8 M. — Invalide Albrecht Karl Krause, 80 J. 1 M.

Polizeibericht vom 14. und 15. Juni 1914.
 1. Verhaftet: 12 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls 1 wegen Drohung, 1 wegen Widerstandes und Sachbeschädigung, 2 wegen Bettelns, 4 wegen Trunkenheit, 1 in Schutzhaft.
 2. Obdachlos: 3 Personen.
 3. Gefunden: 1 Hundemaukerk, abzuholen aus dem Fundbureau des Königl. Polizeipräsidenten; 1 goldene längliche Brosche mit blauem Stein und Perlen, abzuholen aus dem Zigarrengeschäft Pösigasse 21.
 4. Zugelassen: 1 brauner Hund mit Marke 6670, abzuholen von Fräulein Johanna Schütz, 3. Damm 5.

Schiffsnachrichten.

Nach Danzig unterwegs.		
Schiff	Kapitän	Abgegangen
Imperial (SD)	Blamber	13 Juni von Antwerpen
Angekommen in fremden Häfen.		
Schiff	Kapitän	Angekommen
Aron Frieda (SD)	Christensen Brüste	12. Juni in Kolberg
		12. " " "

Aus Westpreußen

Elbing-Marienburg

Fünf Personen ertranken. Der Schuhmacher Ewieka von Elbing kehrte mit seinen vier Töchtern und dem Bräutigam der ältesten Tochter von einer Bootsfahrt zurück. In der Nähe der Eisenbahnbrücke schlug das Boot plötzlich um, die Anlassen

... ins Wasser. Der Bräutigam wurde von einem vorüber-
fahrenden Boot gerettet, während der Vater und seine
zwei Kinder ertranken. Als die Frau von dem Un-
glück benachrichtigt wurde, fiel sie in Ohnmacht und mußte ins
Krankenhaus gebracht werden. Die Leichen der Ertrunkenen
sind geborgen.

Ein plötzlicher Tod ereilte den 23 Jahre alten Friseur
Kall in Elbing. Bei einem Spaziergang auf der Speicherinsel
erlitt er einen Blutsturz, an dessen Folgen er auf dem Wege
zum Krankenhaus starb.

1400 Schmelze sind in Elbing bei der Schweinezählung
ermittelt worden. Sie verteilen sich auf 686 Haushaltungen.

Wieder gehoben wird der im Elbingfluch gekankene Ziegel-
fahn Nag Gümber. Die Hebungarbeiten gestalten sich sehr
schwierig und dauern voraussichtlich noch eine Woche.

Ver schwunden ist das dreijährige Tochterchen der Familie
Habitz aus der Spieringstraße. Das Mädchen ist blond, trägt
ein blaues Kleidchen und eine blaue Schürze

Rosenberg-Löbau

Bei der Einweihung des Flugstützpunktes in Deutsch-
Egla wurde einem 12jährigen Knaben der Arm weggerissen.
Der Junge starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Die
Frau des Bahnhofsvorstehers Schön erlitt einen Bruch des
Schulterblattes. Das Unglück ereignete sich bei dem Aufstieg
eines Flugzeuges.

Thorn-Kulm-Briesen

Alte Ursachen große Wirkungen. Im Glockenturm der
Kirche zu Groß-Göste legte sich ein Bienenschwarm fest. Der
Organist wollte die Eindringlinge austräumen. Das trockene
Holz löste Feuer und im Augenblick stand die ganze Kirche in
Flammen. Zwei Wirtschaftsgebäude brannten ebenfalls nie-
der. Der Organist starb vor Aufregung am Herzschlag.

Aus aller Welt

— Totschlag. In Luisburg gerieten der Ingenieur Dörr
und ein Architekt mit dem Chauffeur eines Mietautos in
Streit, in dessen Verlauf der Ingenieur den Chauffeur tötete.
Der Täter wurde verhaftet.

— Münzenfund. Bei Arbeiten im Steingeröll bei Mar-
magen in der Eifel wurde in dreißig Zentimeter Tiefe ein
vermodertes Holzgefäß gefunden, in dem 250 Münzen mit
dem Bildnis der römischen Kaiser Konstantin und Maximilian
sich befanden.

— Gefentert. Bei Wilhelmshaven kenterte am Sonn-
abend eine Wertspinnmaschine. Ein Bootsführer und ein Helfer
ertranken.

— Vom Juge überfahren. Auf der Strecke Odenwald-
Albey gerieten auf der Station Selzen zwei Landbewohne-
rinnen, die wegen des Unwetters die Köpfe über den Kopf

geschlagen hatten, auf das Bahngelände unter den Zug und
wurden überfahren. Das 22 jährige Mädchen war sofort
tot, die Frau wurde lebensgefährlich verletzt.

— Die Pest in Daresalam. In Daresalam wurden
zwischen dem 2. und 10. Juni vier Pestfälle gemeldet. Die
Stadt wurde für pestverfälscht erklärt.

— Selbstmord eines Desfraubanten. In Frankfurt
belegte der seit einigen Tagen verschwandene Hauptlehrer
Theodor aus Erlenbach in einem Gasthaus Selbstmord. Die
Revillon der von ihm verwalteten Sparkasse wies einen
Fehlbetrag von 20 000 Mk. auf. Viele kleine Leute sind
geschädigt.

— In einem Anfälle geistiger Unmachtung erschoss laut
Berliner Lokalanzeiger bei Kopenhagen ein Gutbesitzer seine
fünf Kinder und tötete sich dann selbst.

— Schweres Unwetter wütete am Sonntag in London.
Bei einem schweren Gewitter wurden in der südlichen Vor-
stadt sechs Personen vom Blitz getötet.

— „Z 1“ verunglückt. Auf der Fahrt von Köln nach
Diedenhofen wurde Sonnabend mittags 12 Uhr das vom
Regen stark beschwerte Luftschiff „Z 1“ durch eine Bö zu Boden
gedrückt und zwischen dem Steuer und der hinteren Gondel
geknickt. Verletzt wurde ein Oberleutnant. Das Luftschiff
muß abmontiert werden.

— Ein eusehliches Verbrechen ist am Sonnabend in
früher Morgenstunde in Hofheim im Nied verübt worden.
Aus dem Hause des Bäckermeisters Bad drang dichter Rauch.
Der eindringenden Feuerwehre bot sich ein grauenvoller Anblick.
Vor dem Backofen lag die Leiche des Meisters mit ein-
geschlagenem Schädel und im Schlafzimmer die beiden
jüngsten, bereits erwachsenen Töchter, durch Beil- und Stich-
wunden schwer verletzt. Die Frau des Bäckermeisters wurde
völlig verkohlt im Bette vorgefunden. Die zweitälteste Tochter
war bei ihrer verheirateten Schwester zu Besuch und ist da-
durch dem Tode entronnen. Die ganze Einwohnerschaft ist
am Tatorte versammelt. Da im Hause keine Barmittel vor-
gefunden wurden, wird Raubmord vermutet. Als Täter
kommt ein aus Westhofen gebürtiger Bäckergehilfe in Betracht,
der bei Bad in Arbeit stand und seit der letzten Nacht ver-
schwunden ist.

— Automobilunglück. Auf der Chaussee zwischen Stolpe
und Glinde rannte ein Privatautomobil in voller Fahrt
gegen einen Baum und ging in Trümmer. Einer der In-
fassen wurde getötet. Von den anderen Mitfahrenden wurden
zwei schwer und zwei leicht verletzt.

— Bootsunfälle bei Berlin. An der Kleinen Insel
gegenüber der Dampferanlegestelle Kladow kenterte gestern
ein Segelboot. Bei dem Versuch, einem entgegenkommenden
Fahrzeug auszuweichen, hatten die Insassen, zwei Charlotten-
burger Herren, ihr Boot zu sehr heruntergerissen. Ein Wind-
stoß versing sich dabei in die Segel, so daß das Boot
umfiel. Sofort herbeieilenden Ruderern gelang es, einen
der ins Wasser gefallenen zu retten, der andere ging sofort
unter und ertrank. — Auf dem Müggelsee sank ein Motor-
boot mit sieben Insassen, die sämtlich ins Wasser stürzten,
von einem andern Motorboot aber gerettet werden konnten.

— Ein Gymnasiast als Mörder. Von der Strafkammer
in Hanau a. M. wurde am Donnerstag der 17-jährige Gym-
nasiast Anton Wolf aus Salmünster wegen Mordes in einem
Falle und Mordversuchs in drei Fällen zu sechs Jahren Ge-
fängnis verurteilt. In der Silvesternacht hatte Wolf, um sich
in den Besitz von Geld zur Deckung der durch seine noblen
Passionen entstandenen Schulden zu setzen, ein Revolver-
attentat auf seine Verwandten ausgeführt. Seine Mutter und
seine Tante wurden schwer verletzt, während der Anschlag auf
den Bruder und die Schwester abgewehrt werden konnte. Am
Sonntag starb die Tante des Angeklagten infolge der erhal-
tenen Schußverletzungen.

— Unterschlagungen eines Notars. Vor der Strafkam-
mer des Hanburger Landgerichts begann Donnerstag die
Verhandlung gegen den Notar Dr. Becker, der vor etwa einem
Jahre noch umfangreichen Unterschlagungen schuldig geworden
und später in Leipzig verhaftet worden war. Die Anklage
lautet auf Urkundenfälschung, Betrug und Unterschlagung in
achtzehn Fällen. Vierzig Zeugen sind geladen. Für die Ver-
handlung sind drei Tage vorgesehen.

— Waren einst zwei edle Polen . . . Bei Paris haben
sich zwei aus russisch-Polen stammende Edle, ein Herr Kie-
ling und ein Herr Gottlieb, am Donnerstag „standesgemäß“
verprügelt. Das Duell auf Säbel verlief so regellos, daß einer
der Sekundanten, freilich vergeblich, wiederholt auf Innehalt-
ung der Distanz drang — dafür bekam er einen tüchtigen
Hieb über das Knie. Die feindliche Prügelei endete damit, daß
Herrn Kiebling das Kniehockorgan zerschmettert wurde; auch
Gottlieb trug bedenkliche Verletzungen davon. — Nun ist die
„Ehre“ dieser beiden Gentlemen wieder repariert.

Hierzu eine Beilage.


Verantwortlich für die Auktionen „Danziger Nachrichten“ und „Aus
Westpreußen“ Anton Gooßen-Danzig, für den übrigen Inhalt des
Blattes Hans Mittwoch-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unter-
halt-Danzig. Verlag Volkswacht S. Gehl u. Co. Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

**Reckenpferd-
Seife**
die beste Säbilmilch-Seife
für zarte weisse Haut
à Flk. 50 S.

Werder - Gras - Käse

Mein anerkannt echter Werder-Gras-Käse (eigenes Fabrikat)
ist schmelzhaft u. empfehle denselben pro Pfund 80 u.
90 Pfg. in ganzen Kisten billiger. Gleichzeitig offeriere
ich täglich frische Werder-Gras-Butter pro Pfund 1.30 Mk.
in Tischbutter pro Pfund 1.20 Mk. Kochbutter p. Pfund 1.10 Mk.
Wiederverkäufer billiger. 1732

A. Peters Molkerei zum blanken Tonnen
Breitgasse 45.



Strohhüte

in riesenhafter Auswahl
1.35 1.75 2.10 2.40
2.75 3.25 3.75

Huthaus London
n. 2. Damm 10.

Vormwärts-Bibliothek.

Jeder gut gebundene Band 1 Mk.
In den Tod getrieben.
Zwei Erzählungen
von Ernst Brechtling

Im ersten Geschehnis „Lange
Pauze“ — als ein Fieber, der
sich mit seiner arbeitsamen Frau
gegen eine völlige Proletarisierung
und Verarmung wehrt, aber immer
weniger durchdringt wird und
schließlich seinem verheerenden
in die Tiefe folgt — Die zweite
Erzählung — „Im Meer“ —
verleitet den Kampf einer Witwe
gegen einen Antisemitischen, der
ein alter Feind ihrer Familie ist
und seinen Sohn hindert, die ver-
führte Tochter der Witwe zu
heiraten. Die alte Frau wird
ebenfalls nachdem sie sich hart
gerächt in den Tod getrieben,
weil höher als Ehre und Pflicht
die Standesrücksichten geltend
werden. Natur- und Menschen-
veränderungen von Meer und Meer
geben den beiden Erzählungen ihr
besonderes Relief.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht

Harte Landwurst

per Pfund 90 Pfg.
zweite Fleischwurst per Pfund 50 Pfg.
guter Rindertalg per Pfund 50 Pfg.
bei 5 Pfund 45 Pfg. (73)

Irische Preshwurst

per Pfund 30 Pfg.

Brotbäckergasse Nr. 1.

Vormwärts-Bibliothek.

Jeder gut gebundene Band 1 Mk.
Buchhandl. Volkswacht,
Das Land der Zukunft.

Kollektionsheftung für die reifere
Leserjugend von Leo Kollisch
Mit Einleitung von P. Göhre

Göhre erzählt in seiner Einlei-
tung unter anderem: — Da
keine Seite, die langweilig zu
sein würde. Von Anfang an packt
er uns, von Seite zu Seite wird
er interessanter. Immer lebendiger
steigern sich die Ereignisse, immer
hingerissener hören wir ihm zu.
Kein überflüssiges Wort; kurz,
schneidend, packend. Vor nicht alles
vor uns. So geht denn dieses
eigentümliche Buchlein seinen Weg
zu unserer heranreifenden deutschen
Proletarisierung. Wenn aber ein
Mutter es in seine Hände bekommen
und durchblättern wird, so wird
auch er wieder jung werden beim
Lesen und von seinem Inhalt nicht
weniger gefesselt und hingerissen
sein wie ein Junger“

Zu beziehen durch die
Expedition der Volkswacht

Wintergarten

Sonntag den 21. Juni 1914
nachmittags 3 1/2 Uhr

Volksvorstellung

zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Haase - Burlesken:
Ein unheimlicher Gast. Der Kuß im Steffenspark.
Außerdem:
Walter Bährmann, der beliebte Humorist
und das vollständige Weistadtprogramm. 1736

Karten zum Preise von 30 Pfennig
für alle Plätze gültig sind zu haben: Expedition der
Volkswacht, Paradiesgasse 32, Zigarrengeschäft C. Sellin,
Schiffelbamm 56 und in sämtlichen Gewerkschaftsbüros.

Wintergarten

Prolongiert Prolongiert
Haase-Burlesken

Ein unheimlicher Gast Der Kuß im Steffenspark
Walter Bährmann, der beliebte Humorist
sind Schlager des glänzenden Weistadt-Programms
vom 16. bis 30. Juni

Vorverkauf Zigarrengeschäft **H. Obst,** Heilige Geistgasse 13
6271 **Gehr. Wetzel,** Stadtgraben 8.

Neu erschienen:

Gewinnung und Schulung der Frau f. d. politische Betätigung
— 30 Pfg. —
Kösa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer
— 10 Pfg. —
Buchhandlung der „Volkswacht“.

Elbing

Sozialdemokratischer Verein Elbing

Wittwoch den 17. Juni,
abends 8 Uhr,
im Volkshaus
**Außerordentliche
Mitgliederversammlung.**

Tagesordnung:
1. Erhöhung des Beitrages.
2. Anstellung eines Parteibeamten.
3. Parteiangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Parteileitung. 1755

Inserate und Abonnements für Elbing

sind zu richten an Herrn
**Albert Krüger
Elbing**

Innere Georgendamm 2
Expedition der Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse Nr. 32.

F. Kuhn, Wasserstr.
Nr. 80,
empfiehlt sein [110
Hut- und Mützensgeschäft.

Central-Theater

Elbing, nur Brückstr. 15
Neues Programm!
Darunter (624
ein Hauptschlager
und herrliche Dramen
sowie Humoresken.
Jedes Bild ein Schlager!
Die Direktion.